

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße 16a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgehaltene Kolonelle:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinserten finden keine Aufnahme.

Ja einer Aufl. von **580 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

### Wirtschaftliche Rundschau.

So sehr auch die Abschlüsse der großen gemischten Montanbetriebe von Gewinn strotzen, sie werden von den Ergebnissen der Krupp-Gesellschaft übertrumpft. Das äußert sich schon darin, daß Krupp für 1912/13 eine Erhöhung der Dividende von 12 auf 14 Prozent vornimmt, während die übrigen Montanbetriebe in Anbetracht der Konjunkturabschwächung ihre Gewinnsteigerungen zu erhöhten Rückstellungen verwendeten, die bei Krupp trotz höherer Dividende eine nicht minder bedeutende Erhöhung erfahren. Es beträgt bei Krupp nach den diesmal vor der Veröffentlichung des Geschäftsberichts bekannt gegebenen Hauptzahlen der Reingewinn für das Geschäftsjahr 1912/13 36,6 Millionen Mark, wozu noch der Vortrag aus dem Vorjahre von 6,5 Millionen Mark kommt (im Vorjahre 29,5 Millionen Mark und 4,2 Millionen Mark). Das günstige Ergebnis führt die Verwaltung vor allem darauf zurück, daß das Stützwerk Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen mit seiner im Laufe der Jahre erreichten Leistungsfähigkeit von nahezu 1 Million Tonnen Stahl im Jahr die Hochkonjunktur mit der vollen Leistung auszunutzen imstande war. Die Stahlerzeugung betrug bei der Firma im letzten Geschäftsjahr über 1 1/2 Millionen Tonnen. Die Zahl der Beamten und Arbeiter ist auf nahezu 80 000 gestiegen. Es wurde beschlossen, außer der Dotierung der gesetzlichen Reserve einen Betrag von 2 Millionen Mark an die Sonderablage (im Vorjahre 2 Millionen Mark) zu überweisen und die Dividende auf 14 gegen 12 Prozent im Vorjahre festzusetzen. Ferner wurden den Pensions- und Unterhaltungsstellen 2 Millionen Mark, dem Arbeiterwelfarefonds 2 Millionen Mark überwiehen und für Weihnachtsgewinnzwecke, an Beamte und Arbeiter 5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt (im Vorjahre erhielten die Pensionskassen und die Arbeiterstiftung zusammen 2 Millionen Mark).

Der Hinweis auf höhere Zuwendungen für die Beamten- und Arbeiterfonds wurde von den Krupp-Blättern sofort lässig aufgenommen, sie priesen die „Traktion Krupps“, die die Arbeiterschaft an den gesteigerten Gewinnen angeblich stark teilnehmen läßt. Würdiger schließt sich diese Darstellung der Kruppischen Wohlfahrtspolitik, deren antizipatorischer Charakter zur Genüge bekannt ist, der Verherrlichung der abgeurteilten Geschäftsmethoden der Krupp-Firma in ihrem Verkehr mit dem Reich an. Eine objektive Beurteilung der Lohnverhältnisse bei Krupp würde beweisen, daß unter sorgfamer Pflege der „Leiden“ die Lohnentwicklung der letzten Hochkonjunkturperiode sich weit ungünstiger gestaltete als bei den meisten übrigen großen Betrieben, denen eine besondere Wertigkeit in Lohnfragen doch nicht auch nicht nachgesagt werden kann. Dabei wäre es der Krupp-Firma, der der Patriottismus ohnedies so reiche Zinsen bringt, außerordentlich leicht gefallen, die Arbeiterlöhne ihren Erträgen einermäßig folgen zu lassen. Hat sich doch der Gesamtgewinn der Krupp-Gesellschaft für 1912/13 seit 1909/10 glatt verdoppelt. Es betragen in Millionen Mark:

	1912/13	1911/12	1910/11	1909/10
Aktienkapital . . . . .	180,—	180,—	180,—	180,—
Reingewinn . . . . .	36,60	29,53	28,71	21,27
Sierzu Gewinnvortrag . . .	6,50	4,23	0,16	0,17
Gesamtgewinn . . . . .	43,10	33,76	28,88	21,44

Abschreibungen, die für 1912/13 bisher nicht genannt worden sind, wurden in den beiden letzten Vorjahren in Höhe von 19,51 und 18,52 Millionen Mark vorgenommen, sie werden diesmal voraussichtlich dem höheren Gewinn entsprechend gesteigert werden. Die Dividende von 14 Prozent erfordert mit 25,20 Millionen Mark 9,60 Millionen Mark mehr als die Dividende von 12 Prozent im Vorjahre.

Nur wenige Tage vor dem Krupp-Abschluß veröffentlichte die Gathehoffnungshütte in Oberhausen ihren Geschäftsbericht. An der seit vielen Jahren üblichen Dividende von 20 Prozent hält die Gesellschaft, die Besitz der Familie Gathe ist, auch für 1912/13 fest, das Wachstum der Gewinne würde indes ein höherer Dividendensteigerung zulassen. Es betragen bei der Gathehoffnungshütte in Oberhausen in Millionen Mark:

	1910/11	1911/12	1912/13
Aktienkapital . . . . .	30,—	30,—	30,—
Rohgewinn . . . . .	16,796	20,166	24,566
Abschreibungen . . . . .	5,504	6,818	9,017
Reingewinn . . . . .	6,874	6,818	9,518

Der Sonderablage werden 1,157 Millionen überwiehen gegen 879 300 M. im Vorjahre, der Pensionskasse 100 000 gegen 250 000 M. im Vorjahre, der Verfügungsfonds erhält 2 Millionen gegen 1 Million Mark im Vorjahre. Von den vielgestaltigen Reservefonds sei erwähnt, daß die ordentliche Reserve 5,515 Millionen Mark umfaßt, die Extrarreserve mit 2,50 Millionen Mark ausgemessen, ein Extramortuaritätsfonds enthält 12 Millionen Mark, ein Dividendenreservefonds 1,80 Millionen Mark, eine Ablage für Neubauten 1 Million Mark, ein Zuzugewinnungs fonds 5,42 Millionen Mark, der Verfügungsfonds stellt sich auf 9 Millionen Mark, verschiedene Spezialfonds sind mit 3,67 Millionen Mark vorhanden. Ueberfließen die Fonds das Grundkapital, so ist noch zu berücksichtigen, daß auch mächtige „stille“ Reserven vorhanden sind. Ein beträchtliches Gewinn- und Verlustkonto zeigen die meisten Unternehmen, die immer und immer wieder

in Parlamenten und in der Presse erklären lassen, daß die Montanindustrie die Ausgaben für sozialpolitische Zwecke nicht mehr zu tragen vermag.

Ein hervorragendes sozialpolitisches Dokument ist auch der diesmalige Geschäftsbericht der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, deren Abschlüsse wir weiter unten behandeln. In der dreißigjährigen Geschichte der A. E. G., führt der Bericht aus, hat das Berichtsjahr die besten bisher erreichten Resultate, besonders auch an Umsätzen und Aufträgen, erbracht und bewiesen, daß die Elektrizitätsindustrie den anhaltenden politischen Unruhen des letzten Jahres ausreichenden Widerstand leisten konnte. Eine mächtige Verlangsamung des Tempos würde die Erträgnisse der Arbeiternutzlich nicht gefährden, wohl aber die Ueberanstrengung der zwei- und dreifachen Produktion mildern und zugleich umfassendere Verbesserungen der Fabrikationsmethoden erleichtern. Im neuen Geschäftsjahr ist bisher eine Abnahme des Beschäftigungsgrades kaum wahrzunehmen, weil die fortschreitende Elektrifizierung in Europa, besonders im russischen Reich, sowie außerhalb Europas große Umsätze bringt. In Deutschland hat die Stromversorgung weiter Landesgebiete einen neuen Anstoß erfahren durch die wachsende Erkenntnis, daß die Krafterzeugung an den Zentren lokalisierter und hydraulischer Energie zentralisiert werden muß. Große Einheiten, bei den Maschinenleistungen von mehr als 20 000 Kilowatt nicht mehr zu den Seltenheiten gehören, und Leistungsmenge bis zu 100 000 Volt führen zu einer steigenden Verbilligung der Betriebskraft.

Werkwürdig ist der Wunsch der A. E. G. nach einer mächtigen Verlangsamung der Beschäftigung, man wird darin die Bestätigung des herabgesetzten Eintrags eines solchen Zustandes zu erblicken haben, wenn auch die anderen Ausführungen der Verwaltung dagegen zu sprechen scheinen. „Unser fakturierter Umsatz“, heißt es weiter im Bericht, überstieg im Jahre 1912/13 den des Vorjahres um rund 60 Millionen Mark. In den ersten beiden Monaten des laufenden Geschäftsjahres waren die fakturierten Umsätze um rund 23 Millionen Mark höher als in der gleichen Zeit des vorigen Jahres. Neue Aufträge sind im etwa 30 Millionen Mark mehr gebührt; hierin sind die Aufträge für die Bahn Gesundbrunnen-Neudamm nicht berücksichtigt. „Unvollständig ist die Umsatzsteigerung bei gleichzeitiger Verminderung der Arbeiterzahl. Die Gesamtarbeiterzahl ist von 70 162 auf 68 711 zurückgegangen, mehr als dieser Rückgang entfällt davon auf deutsche Fabriken, denn die Arbeiterzahl in den Fabriken in Wien, Wiga und Mailand stieg von 6551 auf 7976. Es verminderte sich die Zahl der Arbeiter in den deutschen Betrieben der A. E. G. im Jahre 1912/13 um 2776. Den Rückgang der Arbeiterzahl bei Steigerung des Umsatzes um rund 60 Millionen Mark begründet die A. E. G. mit einer Verbesserung der Fabrikationsmethoden, die es gestattet habe, größere Leistungen mit einer relativ kleineren Arbeiterzahl zu erzielen.

In blühendsten Zeitungen und Zeitchriften erschienen letzthin mehrmals Artikel, in denen auseinandergesetzt wird, daß die Arbeiterschaft nicht die volle Erparnis, die der Verbesserung der Fabrikationsmethoden entspricht, für sich verlangen kann. Hier wird gegen Phantasiegebilde angekämpft, die mit den wirklichen Verhältnissen nicht das geringste zu tun haben, wahrscheinlich ist das auf die Absicht zurückzuführen, die Tatsachen zu verunkeln, denn die Praxis erweist, auch bei der A. E. G., daß das Geschlechterverhältnis sich nicht scheidet, trotz kolossaler Wertsteigerung der Produktion bei Verminderung der Arbeiterzahl noch die Löhne zu reduzieren.

Eine von der A. E. G. dementierte Beschaffung neuer Mittel erfolgt doch, wenn auch auf einem Umwege; sie nimmt bei ihrer Tochtergesellschaft, der Aktiengesellschaft vormals M. Wahmeyer in Frankfurt a. M., eine Erhöhung des Aktienkapitals um 5 auf 30 Millionen Mark vor. So kann das Stammunternehmen durch die Tochterbetriebe Finanzierungen betreiben, ohne selbst zur Ausgabe von neuen Aktien und Anleihen schreiten zu müssen. Außer der kürzlich schon erwähnten Annäherung des Siemens-Schuckert-Konzerns an Brown Boveri ist der Erwerb von Anteilen der Telephonfabrik Zwickau G. m. b. H. durch Siemens & Halske zu verzeichnen. Diese Uebernahme von Zwickau-Anteilen dürfte mit der Beherrschung der Firma Zwickau durch Siemens & Halske identisch sein.

Obwohl der Kupferverbrauch stark gestiegen ist und die Weltbestände an Kupfer nach den vorliegenden Ausweisen erheblich geringer sind als in der Vergleichszeit der Vorjahre, zeigen die Kupferpreise eine stark weichende Tendenz. Seit Anfang November ist der Kupferpreis nach Londoner Notierungen von 71 1/2 Pfund (1 Pfund = 20,40 M.) auf 67 Pfund für die Lotte zurückgegangen, zu Beginn des Jahres stellte sich der Preis auf 77 Pfund. Charakteristisch ist, daß für sofortige Lieferung von den Kupferverbraucher Käufe bis vor kurzem statt erfolgten, für spätere Fristen hält man dagegen mit Käufen scharf zurück. Man erblickt darin Zeichen für die Unsicherheit oder für eine pessimistische Beurteilung der weiteren Konjunkturverläufe. Der Preisrückgang für Kupfer schloß sich im großen ganzen auch die Preisgestaltung der übrigen Metalle an.

Zu Preisermäßigungen hat sich das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat endlich genötigt gesehen, es wurden die Richtpreise für Kohle um 50 S bis 1 M. und für Brecken um 50 bis 75 S für die Lotte herabgesetzt. Für Hochofenkoks und Holzkohle erfolgte die Festsetzung der Preise für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. September 1914, wobei die Richtpreise für Hochofenkoks um 1,50 M. und die Richtpreise für Holzkohle um 1 M. pro Lotte ermäßigt wurden. Für die übrigen Koh-

orten wurden Preisermäßigungen von 75 S bis 2 M. beschlossen. Die Preisermäßigung für Hochofenkoks und Holzkohle erhält am 1. Januar Geltung, die übrigen Preisermäßigungen treten erst am 1. April in Kraft. Schon am 1. Oktober waren in Rücksicht auf die Verschlechterung in der Eisenindustrie Ermäßigungen für Hochofenkoks erwartet worden, die Mehrheit der Belegschafterverammlung setzte damals jedoch eine noch weitere Verzögerung jeder Konzession nach der vorhergegangenen starken Preisermäßigungen durch. Die arbeitstätige Förderung der Synklatschen ist im Oktober gegen den Vormonat um 2,56 Prozent zurückgegangen, der Kohlenabsatz weist im arbeitstätigen Durchschnitt einen Rückgang von 6,89 Prozent auf. Noch ungünstiger ist die Entwicklung des Koksabsatzes, es ist der Koksabsatz gegen den Vormonat um 77 028 Tonnen oder arbeitstätig um 10,25 Prozent und gegen den Oktober vorigen Jahres um 200 937 Tonnen oder arbeitstätig um 16,98 Prozent zurückgegangen. Dieser starke Rückgang wird auf die Abschwächung des Verbrauchs an Eisen und Brechlofen infolge der milden Witterung, namentlich aber auf die starken Ausfälle zurückgeführt, die das Synklat in seinen Lieferungen an die Hüttenwerke erlitten hat. Die Lagerbestände in Koks sind infolge dieses starken Absatzrückganges beträchtlich gestiegen. Für Koks ist eine beträchtliche Erhöhung der Produktionsbeschränkung beschlossen worden; die Beteiligungsanteile, die bisher 65 Prozent betragen haben, werden auf 55 Prozent herabgesetzt, die Beteiligungsanteile für Koks werden von 87 1/2 Prozent auf 85 Prozent ermäßigt.

Um bei der geschwächten Aufnahmefähigkeit des Diamantenmarktes durch ungeglichte Angebote die Marktverhältnisse nicht auf lange Zeit hinaus in Unordnung zu bringen, war die Notwendigkeit einer Einschränkung der Produktion oder des Verkaufs von südwestafrikanischen Diamanten unabwendbar geworden. Die Großbanken in der Diamantenregie waren für die Produktionsbeschränkung, während die meisten Förderer diesem Plan widersprachen. Doch der überragende Einfluß der Banken erzielte sich in anderer Richtung als durchwegs unerfreulich. Aus trat der Aufsichtsratspräsident der Diamantenregie, der Direktor der Berliner Handelsgesellschaft, Carl Fürstenberg, von seinem Amte zurück, da sich gegen seine Geschäftsführung mit Recht empfindlicher Protest geltend machte, es würde in diesem seiner Maßnahmen Rücksichtnahme auf gewisse Bankinteressen erblickt. Eine erfreuliche Wendung haben die Differenzen in der Diamantenregie in jüngster Zeit dadurch genommen, daß die Diamantenregie in jüngster Zeit diese Umwandlung wird mit Scheinigkeit durchgeführt, besondere Aufwendungen des Reichs sind dazu nicht erforderlich, die Mittel zum Erwerb der Anteile der Diamantenregie für den Kolonialfonds werden dem Dispositionsfonds der Gesellschaft, der nur zum Teil an die bisherigen Anteilhaber übergeht, entnommen, zusammen sind für 500 000 M. Anteile im Umlauf. Das Reichskolonialamt hat erklären lassen, daß nach seiner Auffassung der Situation kein so starkes Angebot südwestafrikanischer Diamanten an den Markt gelangen dürfe. Daraus ist zu schließen, daß eine Zwangskontingentierung der Produktion oder des Absatzes alsbald durch Reichsamtlerlaß erfolgt.

### Unerwartete Resultate „moderner“ Arbeitsmethoden.

Sehr oft ist in letzter Zeit wieder die Rede gewesen von verschiedenen, mehr oder weniger neuen Arbeitsmethoden. So mannigfaltig diese in ihren Einzelheiten sind, eines ist allen eigen: das Bestreben, noch mehr als bisher aus den Arbeitern herauszuquetschen. Im unternehmerten zeigen diese Tendenzen sich bei der „wissenschaftlichen“ Arbeitsmethode des Amerikaners Taylor. Was vom Arbeiterstandpunkt und vom Standpunkt des einseitigen Volkswirtschaftlers aus zu diesem Thema zu sagen ist, hat die Metallarbeiter-Zeitung wiederholt ausgeführt. Demo ist darauf hingewiesen worden, daß die Einführung eines „modernen“ Arbeitssystems eine solche Menge von Beobachtungen, Studien, Vorarbeiten und späterer Ueberwachung erfordert, daß es nur großen, kapitalkräftigen Unternehmern möglich ist, auf diesem Wege noch größere Profite herauszuschlagen.

Ich möchte nun einige Beispiele aus dem praktischen Leben anführen, die das Schlagend beweisen. Es soll von einigen „Gemeingroßen“ erzählt werden, die auch als „modern“ gelten wollten und sich ein „modernes“ Produktionssystem ausleihen, dabei aber schlechte Erfahrungen gemacht haben. Außerdem will ich versuchen, den Nachweis zu bringen, daß auch für Großbetriebe, unter bestimmten Voraussetzungen, die moderne Leistung der Arbeit bis zum äußersten ein durchaus zweifelhaftes Ergebnis herbeiführen kann. Das gilt besonders für die optische Fabrikation, weshalb auch einige Firmen dieser Branche das Beweismaterial liefern mögen. Zu bestem Verständnis muß ich auch die Art der Arbeit näher bezeichnen. Es betrifft die Herstellung optischer Linsen für photographische, mikroskopische und Fernrohrgläser, was bekanntlich äußerst genaue und empfindliche Arbeit ist. Namentlich das Feinschleifen und Polieren erfordert peinlichste Sauberkeit. Nach dem Polieren wird die Linse zentriert, das heißt der Rand der Linse wird in ein genau zentrisches Verhältnis zu deren beiden Flächen gebracht. Außerdem werden größtenteils zwei oder drei Linsen mittels einer vollkommen lichtdurchlässigen Klebmasse zusammengeklebt. Zentrieren wie Polieren ist ebenfalls eine Arbeit, die größte Sorgfalt und Sauberkeit erfordert. Ueberhaupt ist die fertige optische Linse ein gar empfindliches Ding. Es ist deshalb auch bis zu einem gewissen Grade verständlich, daß eine genaue Kontrolle der fertigen Linse vor ihrer endgültigen Abnahme durch den Käufer oder eine andere dazu bestimmte Person zu erfolgen hat. Fast alle deutschen Firmen haben nun eine Leistung der Arbeit in ihre drei Hauptphasen (Schleifen und Polieren, Zentrieren, Kleben)

vorgenommen. Einige gingen sogar zu einer Trennung des Schweiß- und Polierprozesses über. Wichtig ist, daß durch diese Spezialisierung der Herstellungspreis der Limfen um einige Groschen gedrückt werden konnte und vor allem die Verwendung auch nichtgelernter Arbeiter und Arbeiterinnen ermöglicht war, wodurch ebenfalls der Lohn in für die Arbeiter ungünstiger Sinne beeinflusst werden kann. Aber die Durchföhrung und Überwachung dieser Arbeitsweise erforderte auch eine so starke Vermehrung billiger unproduktiver Arbeitskräfte (Kontrolloren, Aufseher und Meister), daß der erhoffte Profit unmöglich geerntet werden konnte. Man überlege: Vor Tötung der Arbeit erfolgte eine höchstens zweimalige Kontrolle eines Arbeitssüdes. Sehr ist eine fünfmalige Kontrolle nötig! Die Art der Arbeit erfordert das aber auch unbedingt, denn jede Ungezieltigkeit des Vordermannes bringt große Nachteile für den nächstfolgenden. Was Wunder, daß jeder die Arbeit in einwandfreiem, genauem Zustand bringt. Deshalb darf auch die Kontrolle kein flüchtiges Darüberhinein sein; es muß vielmehr jedes einzelne Stück vor Weitergabe zur nächsten Stufe des Arbeitsprozesses sorgfältig geprüft werden. Eine unproduktivere Arbeit ist nun überhaupt nicht denkbar. Verfertigt nur ein Arbeiter die Limfe aus dem Stück heraus, fagen wir bis einschließlicg Zentrieren, so ist dieser kein eigener Kontrollor, sondern nebenbei während des Arbeitsprozesses selbst. So aber sehen wir folgendes Bild: Vorkontrollen — Kontrolle; Feinkontrollen — Kontrolle; Polieren — Kontrolle; Zentrieren — Kontrolle; und Richten — übermäßige Kontrolle. Und dann übersehe man nicht, daß auf diese Weise fünfmalige Buchung und Berechnung sich notwendig macht, wo sonst eine höchstens zweimalige genügte. Entsprechend der dadurch entstandenen Mehrarbeit vermehrte sich auch das Kontrolpersonal! Da kommt es denn, daß die Kosten für diese fünfmalige Kontrolle, Berechnung und Buchung, dem früheren Herstellungspreis des Produkts bedeutend gegenübersteigen, ihm womöglich gar übertreffen. Eine Ersparnis an Arbeitslohn ist also durchaus nicht vorhanden. Denn die Kosten, um die der Herstellungspreis gekürzt werden konnte, gehen vollständig wieder drauf mit der Entlohnung des jetzt mehr benötigten Kontrollor- und Kontrolpersonalen. Und außerdem entzieht man der tatsächlichen Produktion eine Anzahl tüchtiger Arbeitskräfte.

Um nun diesen, sicher nicht gewonnenen Effekt wieder auszugleichen, sind ganz besondere Schläuche auf den Gedanken verfallen — auch die Kontrolle in Aktord vornehmen zu lassen! In solchen Blüchensystemen verleiht das System einer verfehlten Arbeitsteilung. Denn daß mit Kontrollenmittelchen dieser Art dem Lehnen Sand nicht wieder auf die Beine geholt werden kann, sollte nachgerade auch ein blühender Parteigänger des Kapitals einsehen. Eine radikale Operation an Haupt und Gliedern tut not; sonst ist und bleibt das Ergebnis: schmutzige, mangelhafte Arbeit allerorten; Nachlassen des Verantwortungsbewußtseins bei den Arbeitern; bedeutliches Sinken der Qualität der Produkte; und schließlich — doch nicht der von den Unternehmern erhoffte größere Profit. Um nun aber trotzdem zum Ziele zu gelangen, beging man erneut mit Lohnkürzungen, was die Arbeiterschaft heimmühtig, erbittert und sich sehr leicht umwandelt in Unlust zur Arbeit und was den Boden bereitet für kommende Lohnkämpfe. Zum Schaden der deutschen Industrie.

Wenn diese Katastrophen noch wenig hervorgetreten sind, so nur deshalb, weil die deutsche optisch-mechanische Industrie eine Weltmonopolstellung einnimmt und demgemäß in der Lage ist, Monopolpreise für ihre Waren zu verlangen. Sonst wäre an den geschäftlichen Widerstandigkeiten längst das ganze System der geteilten und verteilten Arbeitsteilung in die Brüche gegangen.

Nun möge ein Beispiel angeführt werden, wie es kleineren Unternehmen ergehen kann, wenn sie die Methoden des Großkapitals kritiklos auf ihre Fabrikation übertragen wollen. Eine nicht sehr große Firma war durch die Konkurrenz zu einer bestehenden Ermäßigung der Preise ihrer Produkte gezwungen worden. Das nach gänglich veralteten Methoden und mit mangelhaftesten Werkzeugen und Maschinen arbeitende Unternehmen, das aber trotzdem einen großen Gewinn gemacht hatte, begann an Rentabilität sehr nachzulassen. Wie immer, verfuhrte man zur Herabsetzung der Profitrate zunächst Lohn- und Abschlagsabgabe. Die Arbeiter waren indessen ehnig und fielen genug, den Anschlag abzuwehren zu können. Da endlich die Firma kurzzerband und aus dem Betriebe einhergehenden Betriebsleiter und erlegte ihn durch einen Mann, der zwar nicht die geringste praktische Erfahrung hatte, dafür aber Erfinder eines komplizierten Zeitsystems war. Mit Feuereifer begann dieser sein Programm durchzuführen. Aber nicht, wie es dringend notwendig gewesen wäre, neue Spezialmaschinen, bessere Handwerkszeug und Material anzu schaffen, wurden zunächst einige lösspielige Kontrollmethoden erdacht. Der Direktor bekam riesige Aufträge zur Herstellung von Kontrollkarten, Material- und Lieferzetteln, Kontrollationscheinen und Kontrollbüchern, und wie die Dinge alle heißen. Und nun erst begann der eigentliche Tanz. Jede auf die Arbeit verwendete oder nicht verwendete Minute wurde sorgfältig notiert; das Gewicht über die Anzahl der zu verarbeitenden Arbeitsstücke vor und nach dem Arbeitsprozess kontrolliert und gebucht, mit der Uhr in der Hand Höchstleistungen der Arbeiter festzustellen versucht; kurz alles, was mit dem Produktionsprozess in Zusammenhang stand, bis ins Detail beobachtet und registriert. Dagegen wurde die neue Unternehmensführung als unwirksam und erfolgversprechendste Maßnahme: Leistung der Arbeit bis zu einer gewissen Grenze, merkwürdiger und bezweifelnderweise vergessen. Die Zettel, Karten und Scheine häuften sich in den Regalen an und Kontrolräume ras rasen. Gleichen Schritt damit hielt die Vermehrung des Aufsicht- und Kontrolpersonals. Immer mehr Geschäftliche wurden zur Schätzung, Ordnung und Verarbeitung des so gewonnenen Materials notwendig.

Nun wollen wir ruhig zugeben, daß diese ganze Arbeit nicht völlig nutzlos war; daß tatsächlich da und dort Ersparnisse an Material gemacht und bei dieser und jener Arbeit einige Stunden Zeitersparnis herausgefunden wurden. Aber der auf diese Art erzielte kleine Vorteil wurde vollständig wieder aufgehoben durch die Nachhaken, die der Firma durch Einführung des neuen Arbeitssystems erwachsen waren. So trat denn der Mitarbeiter bald in die gleiche Lage. Und wieder sollten die Arbeiter die Zeitvorgaben sein; sie sollten an ihren Stölen entgegen, was mangelhafte Erfahrungen und Unzufriedenheit des neuen Betriebsleiters verursacht hatten. Das Ende des Unmuts und Berdruß unter der Arbeiterheit und die Firma verlor eine Anzahl ihrer tüchtigsten und langjährigsten Arbeiter. Kurzum wurde auf der einmal betriebenen Bahn weitergemarscht; was das Endergebnis sein wird, ist verständlich auch nicht abzusehen, aber leicht zu erraten. Entweder schließt die Firma ihren Betriebleiter samt seinem System heute, wo der Pfarrer nicht mehr auf dem Hof einprügeln darf, oder der Niedergang ist unaufhaltsam.

Daß auch der Hammer bei diesen so sich erheben Kapital zu wenig kommen kann, möge der folgende Fall beweisen. Eine Firma war bereits die Leistung der Arbeit bis zu der Größe, wo Gewinn und Verlust sich ausgeglichen hatten, gekommen. Es sollte auch nicht an Material, auch solche fortwährend zuverfügung stehen die Arbeiter zu haben, die alles an Aufbruch bringen. Und doch wird die absolute größte Gefahr für die Arbeiter aus. Die Arbeiter werden sehr langsam in höhere Lage des, was im ersten Beispiel dieses Artikels angeführt ist. Das aus den Arbeiter herausgehenden wurde, welche zur Schätzung der Kontrolloren, Kontrolbeiter, Meister und vor allem des Kontrolpersonals verwendet werden. In

höchster Not kam der rettende Gedanke: „Es wird an Material zu viel verschwendet.“ Das Künstig zu verhindern, wurde nun ganz besonderer Schärffinn aufgewandt. Das Werk erhielt einen Stab neuer Parafisten. In diese, Wertpaßschreiber genannt, wurde sich fortan jeder Arbeiter wenden, der irgendeine Material oder Handwerkszeug benötigte, zur Empfangnahme eines entsprechenden Lizenzzettels. Aber nicht gleich direkt; erst mußte der Meister den Auftrag dazu gegeben haben. Und der Magazinverwalter war gehalten, nur gegen Vorzeigung des Zettels etwas zu verabsolgen. Dieser ganze umständliche Apparat mußte der geringsten Kleinigkeit wegen in Betrieb gesetzt werden. Denn eine einzige Durchbrechung des Systems hätte ja noch Anstich seiner geistigen Väter den Rufen der Firma gezeitigt. So konnte sich denn folgender humorvolle Fall abspielen: Ein Arbeiter hatte einen kleinen Defekt an seiner Werkbank. Es bedurfte nur einer gewöhnlichen Holzschraube, den Schaden in wenigen Minuten wieder auszubessern. Eine solche war aber nicht zur Hand, mußte also aus dem Magazin beschafft werden. Das wäre das Werk eines Augenblicks gewesen, wenn ein Lehrling besagte Schraube ohne weiteres hätte holen dürfen. So aber ging die Geschichte wie folgt vor sich: Der Arbeiter geht zum Meister und meldet seinen Unfall. Dieser schickt ihn zum Wertpaßschreiber mit dem Auftrage, sich dort einen Materialzettel ausstellen zu lassen. Mit diesem Zettel ausgerüstet betritt der Mann das Magazin. Hier herrscht einiger Andrang und es wird gerade ein Holzprodukt ausgegeben, das sorgfältig gezählt oder abgemessen werden muß. Unser Freund wartet geduldig, bis die Reihe an ihn kommt und erhält dann auch auf Grund seines Zettels die Schraube. Es waren aber bereits dreiviertel Stunden seit dem Malheur verstrichen. Der Arbeiter verlangte selbstverständlich die Zeit vergütet, und nach längerem Hin- und Herreden war eine Stunde glücklich voll, die die Firma wohl oder übel bezahlen mußte. Die Schraube aber ist zu einiger Behilflichkeit gelangt und bei Differenzen den Vertretern der Firma noch oft (büblich gesprochen) um die Ohren geschlagen worden; auch dann noch, als die Firma längst das ganze System samt seinen Vertretern zum Teufel gejagt hatte.

Die Augenwendung aus all dem Geschriebenen ist bald gegeben. Wir sehen, daß es uns durchaus nicht gleichgültig bleiben darf, nach was für Systemen unser Arbeitssystem und Lohn festgesetzt und berechnet wird; denn wir sind es in jedem Falle, aus deren Haut die Kiemen geschlitten werden. Gewiß, wie der Kapitalismus in seiner extremsten Form, den Aktiengesellschaften, Syndikaten und Kartellen, gewissermaßen bereits den Keim der sozialistischen Wirtschaftsweise in sich trägt, indem er höchstselbst den Beweis erbringt, daß der Unternehmer als Person im Produktionsprozess vollständig überflüssig ist, so bringen auch die „modernen“ Ausbesserungsmethoden schon Gegenentwürfen in sich. Sie verleiten zu immer gewagteren, immer unfeinigeren Experimenten und bringen durch deren Mißlingen schließlich auch den verblühenden Kapitalisten zur Vernunft. Ober aber der größere Teil des Volkes wird durch die vorhererenden Wirkungen einer solchen Arbeitsweise, die Raubbau am Körper des Volkes ist, zu energigischen Gegenaktionen veranlaßt und das Ende der kapitalistischen Wirtschaftsweise damit beschleunigt. Das darf uns aber nicht veranlassen, die Hände in den Schoß zu legen und abzuwarten, bis Vernunft und Gerechtigkeit sich selbst durchgesetzt haben. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, durch tatkräftiges Mitarbeiten an der Organisierung der uns noch fernstehenden dazu beizutragen, daß wir in kurzer Zeit so weit sind, nur einen gerechten Anteil an den von uns erarbeiteten Werten verlangen zu können, sondern auch bestimmenden Einfluss auf die Arbeitsweise selbst erreichen. —

Das revolutionäre Del.

(Schluß.)  
Del, Politik und kapitalistische Weltgesetz.  
In den letzten Wochen bildete Mexiko das stehende Thema der Presse Amerikas und Englands. In beiden Ländern ist von verwandten Worten, wie Revolte, Mörder-Präsident, Raub, Verschöndung, Rebellion und auch von Worten der Erbauung, wie Bürgerfreiheit, staatliche Unabhängigkeit, offene Tür, Vaterländische Ehre, gleiches Recht für alle, Monarchialia. Gemischte Sterbtöne werden uns gereicht sein anzunehmen, die kapitalistischen Blätter der zwei angeführten Länder seien bei ihren Betrachtungen der Lage Mexikos von den höchsten menschlichen, politischen und bürgerrechtlichen Idealen befeht. Die Drohung der amerikanischen Regierung, in Mexiko zu intervenieren, dort mit Maschinengewehren und Kriegsschiffen Ordnung zu schaffen, wird von der „amerikanischen Presse“ — „der besten der Welt“ — mit Beifall begrüßt; aber auch in der alten Welt würden es weite Schichten gerne sehen, wenn die Regierung im Namen von Gesetz und Ordnung so handelte, wie die amerikanischen zu handeln droht.

Es ist auch gar nicht lange her, daß wir einen ähnlichen Fall hatten: Kurz vor der Jahrhundertwende wurde die weltweite Öffentlichkeit mit jenen den gleichen Schlagworten gegen die Vereu aufgebrocht. Und bekanntlich fanden sich betürzte Löhne von Arbeitern genug, die die Reaktion scharfstellten und sich in Schärffeln für Freiheit, Unabhängigkeit und Vaterland gegenständig wetzten. Als dann der Pulverkampf und Leidenskampf verlor, mußten die „völkertlichen Kampfbünde“ einsehen, daß sie sich bis zu einem bestimmten Grade in der Exzessivität zerlegt hatten. Hinter dem Schwall von hochtönen Phrasen, wie Freiheit, Unabhängigkeit, Menschlichkeit, hielt weiter nichts als die verdammt gemeine Gohfrist einer geringen Kapitalistenklasse.  
Was nichts anderes handelt es sich jetzt in Mexiko. In Südamerika handelt es sich um Gold, hier in Mexiko um Del. Demselbe verlangte kapitalistische Weltgesetz nach den südamerikanischen Goldminen, jetzt nach den mexikanischen Delquellen.  
Mit dem Anbruch des Delzeitalters ist die Nachfrage nach diesem Delquelle sehr gesteigert und damit auch sein Preis. Der Besitz von Delquellen heißt schoner Besitz auf stetig steigenden Gewinn. Die Kapitalisten der blauen Länder können aber nicht an der glänzenden Opfer. Erste äußere, wenn sie sich nicht um Erweiterung von Quellen bemühen. Die Welt hat Del in Überfülle, der größte der englische Marineinspizier seiner bestorgten Umgehung. Das ist zweifellos richtig, nur hat er vergessen beizufügen, daß diese Überfülle schon in sehr, hauptsächlich nichteuropäischen Händen ist.  
In Schöze der Erde sind gewaltige Mengen Del aufgeschichtet. Im Jahre 1911 betrug die Delproduktion der Welt 46½ Millionen Unzen. Davon fielen auf Amerika allein 63,8 Prozent, auf Argentinien 19,2 Prozent, auf Mexiko 4,9 Prozent; in den Rest teilen sich ein Dutzend Länder. Mit der Ausbreitung der Dieselmaschine wird die Delproduktion einen beispiellosen Aufschwung nehmen. Das wissen natürlich die Kapitalisten, die Delquellen besitzen und auch die, die keine haben. Kodeseller und seine Kompagnie haben schon Vorkämpfer gestellt, daß der Weltmarkt der Parteien der Dieselmaschine in ihre Löhne steigt. Einer kleinen Gruppe geschickter Finanzpiraten ist es gelungen, die gesamte Delproduktion zu monopolisieren, und diese Piraten sind einig dabei, das Angebot der immer wertvoller werdenden Delquelle so niedrig wie möglich zu halten. Die Folge ist, daß der Preis des Rohdels in kurzen Monaten hunderte Male ge-

schnell ist. Die überarbeitende Industrie weiß nicht, wie die steigende Nachfrage befriedigen. In Argentinien mußte ein Dutzend Auktionsanläge stillgelegt werden wegen Mangel an Kohöl. Wer solches haben will, muß die künstlich emporgeschraubten unerschämten Forderungen der Deltrübsen erfüllen. „Der offene Markt ist ein offener Hofn geworden.“  
Trotz alledem muß Del beschafft werden, beschafft werden um jeden Preis. Die Regierungen brauchen es für ihre Marine, die Industrie für ihre Maschinen, die Privatleute für den Hausgebrauch. Und gerade die Delnot heißt die Kapitalisten der blauen Länder eifrig nach dem Besitz von Delquellen streben, da sie ein glänzendes Geschäft von seltener Größe verbürgen.  
Die englische Regierung ist, wie schon gesagt, entschlossen, Quellen anzulaufen, um den Bedarf des Staates decken zu können. Sie wird darin von Deuten und Mätkern unterstützt, die sonst in jeder Verstaatlichung das Ende der britischen Herrschaft sehen. Über ein solcher Entschluß ist leichter gesagt als ausgeführt. Die Deltrübsen stehen fest zu ihrem Besitz, und wird ein neues Lager entdeckt, führen sie sich darauf, wie die Geier auf Las. Gefekger mit weiten Löffeln und sich weitem Gewissen gefien die wertvolle Beute sichern. Sind die staatlichen Organe dienstunwillig, so wird nicht gedrögert, sie mit dem rollenden Dollar dienstwillig zu machen. Das war so in den Vereinten Staaten, in Mexiko und anderwärts. Indies kommt für Mexiko noch ein Besonderes dazu.  
Ohne Frage waren und sind die in diesem unglücklichen Lande als Regierung stehenden Handbitten von Diaz bis Huerta stets bereit, die Naturkräfte und auch die lieben Mitbürger gegen eine bestimmte Zahl Silberlinge Finanzaktiven zur Ausbeutung zu überstellen. Die Ueberlassung wurde bestimmt von dem eigenen Interesse und dem der Staatskasse. Diese in gutem Stand zu halten, gebot die Erhaltung der eigenen Machtstellung. Die zur Ausraubung des Landes und des Volkes zugelassenen Gesellschaften kämpften mit allen Mitteln um die Beute. Der nie enden wollende Aufruhr in Mexiko ist letzten Endes nichts als der Interessentritt der Finanzstippen. Je wertvoller die Beute, desto blutiger der Kampf. Da das Del in letzter Zeit sehr wertvoll geworden ist, so ist in der letzten Zeit auch die mexikanische Revolution sehr blutig geworden.  
Vor einem guten Jahrzehnt kaupte man noch nichts von Delagern in Mexiko. Die Waters-Pierre Company, eine Lochrergesellschaft des Standardöltruffs, schaffte amerikanisches Del ins Land, läuterte es und verkaufte es mit 600 Prozent Gewinn. Die Kunde von dem Vorhandensein mächtiger Delager zeigte Diaz das Mittel, die Staatskasse wie seinen eigenen Beutel zu füllen. Da er gute Gründe hatte, seine geschäftlichen Hoffnungen nicht auf eine Gesellschaft, auf die Standardölgruppe allein zu setzen, gewährte er der von britischem Kapital gespeisten Pearsongruppe eine Konzession. Diaz kaupte, was er tat. An der Spitze dieser Gruppe steht Lord Combro, der sich früher Sir Waelman Pearson schreibe. Seine Verfassung verdankt er der jetzigen liberalen Regierung; sie stellt den Dank dar für die Beiträge an die liberale Parteikasse. Durch die Gewährung von millionenschweren Vorteilen an Pearson, also an eine in der englischen Regierungspartei sehr einflußreiche Persönlichkeit, glaubte sich Diaz der Hilfe des britischen Kabinetts zu verschern. Dieser Schachzug sollte nicht bloß der Diazschen Politik, sondern auch noch der seines gestammensverwandten Nachfolgers Huerta Vorteile bringen, wie die Vorgänge der letzten Wochen zeigen. Indies: Politik hin, Politik her. So nützlich und notwendig es auch ist, kluge Maßregeln für Staat und Regierung zu treffen, noch nütlicher und notwendiger stellt Diaz die Wahrung seiner Privatinteressen: Sein Sohn, „etwas“ Anteilsheld der Pearsongesellschaft, deren Wert halb gewaltig stieg, da die Erforschung des Landes eine unerwartete Menge reichhaltiger Delager ergab.  
Der unerwartete Vorrat an Del ließ die Pearsongesellschaft die Ausfuhr in großem Maßstab zu betreiben. Sie baute Tankschiffe, Kohleleitungen und Hafenanlagen. In wenigen Jahren ist Mexiko an die dritte Stelle der ölproduzierenden Länder getreten, und eine weitere Steigerung seiner Delförderung ist sicher zu erwarten. Dadurch ist natürlich das Monopol des Standardöltruffs schwer bedroht. Ein Geschäft, das 600 bis 700 Prozent Reingetoinn abwirft, wird sich kein Kapitalist nicht schmeicheln entgegen lassen, selbst wenn er nicht von der Gerechtigkeit eines ständig frommen Sprüche qualifizierten Rodesellers ist. Der Standardöltruff setzte sich zur Wehre in einer der Größe des Geschäftes entsprechenden Mißbilligloshkeit. Er erwarb Delager in Mexiko und warf die Ware zu Schleuderpreisen auf den Markt. Umsonst. Er ließ in der Londoner Finanzpreisse vor der Pearsonschen Eagle Oil Company warnen. Vergeblich. Dann ließ er mit Dollarzetteln und Versprechungen versuchen, den Diaz unzufrieden. Für klangende Gründe hatte der mexikanische Diktator nun zwar von jeder eine besondere Schwäche gezeigt, allein diesmal blieb er standhaft — sein Sohn hatte Aktien der Pearsongesellschaft. Und nun geschähen Zeichen und Wunder: Der Standardöltruff wurde ehrlich, wirklich ehrlich! Da auf dunklen Schleichwegen nichts zu erreichen war, stüßte er in die helle Öffentlichkeit.  
Wie der puritanische Panke bis abends stehen Uhr, jedenfalls bis zum Eintrich der Dunkelheit, über alle Maßnahmen für die Öffentlichkeit über alle Maßnahmen mensch und irdisch. Er leitete in der vom Taust ausgehaltenen Presse einen großfügigen Feldzug gegen das „barbarische Mexiko“ ein. Tagtäglich wurde ausführlich berichtet über den an mexikanischen Bauern verübten Landraub, von den an den Yaqui-Indianern herbrogenen Schandtatzen, von der gemeinen Korruption des mexikanischen Beamtentums, von der Gümpflingswirtschaft des Diaz. Das alles war und ist die reine Wahrheit, und jede gerade wahrer gewesen, wenn beiseite gelassen worden wäre, daß gerade Rodeseller und seine Klasse, besonders aber die in Mexiko auf Beute ziehenden Finanzaktiven den besten Teil dieser Verbrechen auf dem Gewissen haben. Diaz konnte und wollte der Rache des Kreuzes trotzen, denn noch hatte er die Macht — und sein Sohn Aktien der Pearson-Company.  
Im Jahre 1911 brach der Aufruhr aus. Diaz hatte sich viele Feinde gemacht unter den Reichen des Landes, die ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen nicht genügend berücksichtigt glaubten, und auch im arbeitenden Volk, das unter dem Diazschen Regiment mit Peitsche und Säbel mißhandelt wurde. Die Unzufriedenen scharten sich um Madero, das Haupt einer sehr reichen und weitverzweigten Familie. Hinter diesem fand der Deltruff mit seinen Millionen. Die Washingtoner Regierung, an deren Spitze der bide Lawt, das Werkzeug der Standardölgruppe, stand, ließ den Transport von Waffen und „Freiwilligen“ nach Mexiko geschehen. Der vereinten Macht von innen und außen mußte Diaz weichen. Er hatte wurde Präsident, Präsident von des Deltruffs Swaden. Er hatte versprochen, die Interessen der New Yorker Wallstreet (Bankierwelt) zu fördern, so wie die Konzession der Pearson-Company zu annullieren. Das trieb die von britischer Gunst lebende Diazklasse zum Kampf. Madero zahlte mit seinem Leben für den Standardöltruff. In seine Stelle kam Huerta, ein Mann vom Schlage des Diaz. Die britische Delgruppe jubelte, die amerikanische schifte.  
Die Regierungen sind weiter nichts als die Agenturen ihrer Kapitalistenklasse, und in diesem Fall sogar die der beiden Welt-

Schaften. Die Freude der Pearson-Compagny drückte die englische Regierung durch Anerkennung Huertas aus, den Verleger des Vorkämpfers der amerikanischen durch Verweigerung der Anerkennung. Das Washingtoner Kabinett ließ erklären, sie könne nur eine Regierung anerkennen, die rechtmäßig erworben sei, niemals aber die, an deren Spitze der Guerta, Modros Bertrater, steht. Das ist natürlich elende Scheuerei. Denn wann und wo hat sich die Regierung, die unerschütterlich gegen die Kämpfer stand, die Kuban Kurzerhand annektierte, die die Philippinen unterjocht hat, jemals um Gerechtigkeit und Menschlichkeit gekümmert? Die englische Regierung hielt es diesmal nicht für vorteilhaft, den Pharosier zu spielen. Ihr heftiges Verlangen nach Ölquellen und die Interessen ihres Freundes Pearson bestimmten sie, Mexiko gegenüber freundlich zu sein. Sie ließ die Anerkennung des Guerta just in dem Augenblick in Mexiko City überreichen, als die Spannung zwischen Onkel Sam und seinem lässlichen Nachbar sehr kritisch war. Darob zeigten sich die Gendarmdiplomaten sehr verstimmt und ließen das ihren Kollegen an der Themse wissen. Hierauf wurde der Notenwechsel zwischen London und Washington recht lebhaft; die ganze Presse berichtete wortreich von einer zunehmenden Spannung zwischen England und den Vereinigten Staaten einerseits und zwischen diesen und Mexiko andererseits; die amerikanische Regierung schneidet der mexicanischen den Kredit ab; die gelbe Presse schreit nach bewaffneter Einschüchterung; die amerikanische Regierung schickt Kriegsschiffe, Soldaten und Waffen an die Küsten und Grenzen Mexikos — und das alles, weil sich zwei Sippen von Finanzpiraten um die mexicanischen Ölquellen streiten.

Freilich läßt der Professor im Weißen Haus erklären, daß er nicht die Politik des Standardtrusts treibe. Mag sein. Weltmächtigere aber geht seine Politik den gleichen Gang wie die Wünsche der Rockefeller Kumpaneel. Wie nun auch der Streit um die Ölquellen ausgehen mag, das Volk hat jedenfalls die Kosten zu tragen. Streiten sich die Kapitalistenklauen weiter, so hat das unglückliche mexicanische Volk mit seinem Frieden, seinem Gut und Blut zu büßen; kommt aber ein Uebereinkommen, ein Monopol, zustande, so haben die Ölverbraucher der ganzen Welt bei jedem Liter Petroleum Tribut zu zahlen.

Das Öl revolutioniert Industrie und Schifffahrt, beeinflußt Politik und Volkswirtschaft, wie die Arbeitslosigkeit und den Verfall einer zahlreicheren Arbeiterklasse vermindern, und diese Umwälzungen, die guten wie die schlechten, werden die Schwestern jener Handvoll Finanzpiraten füllen, die die Ölquellen besitzen.

Ein gleicher Geist erfaßt die Oelmaschine, Arbeiter bauen sie, der Kapitalist aber heimlich ihre Vorteile ein. Das war immer so und wird auch solange so bleiben, wie die kapitalistische Gesellschaft besteht.

F r i t z S u m m e r.

Jünger, sondern der Arbeitende ist der Erschaffer, darum muß ihm auch sein Anteil gegeben werden.

Der Kampf auf dem Weltmarkt bringt uns, von der Quantitäts- zur Qualitätsarbeit überzugehen, aber hierzu gehören Qualitätsmenschen, und darum liegt es sogar im Interesse des Kapitals, für die Entwicklung solcher zu sorgen.

Wo das Fundament, das Proletariat, gesund ist, kann ein Staat gedeihen, dann ist der Weg der Arbeiter zu Kulturträgern frei.

Otto Gohm.

### Die Tarife und die Bedingungen der „Volkspfürsorge“.

Von Martin Strichfeld, Berlin.  
III.  
Tarif 2 und 3.

Tarif 2 der Volkspfürsorge stellt in einer Reihe von Abstufungen je nach der Dauer der Versicherung die heute gebräuchlichste Form der Lebensversicherung dar. Die Dauer der Versicherung stimmt mit der Dauer der Prämienzahlung überein. Die Zahlung der Versicherungssumme findet im Todesfalle oder im Erlebensfalle nach Beendigung der Prämienzahlung statt. Es ist klar, daß diese Versicherungsform besonders bei kurzen Dauern den Sparcharakter der Versicherung viel stärker zum Ausdruck bringt, als die verschiedenen Kombinationen des Tarifs 1. Ein erheblicher Teil der Prämie muß eben dem Zweck dienen, das Kapital innerhalb einer gewissen Frist in jedem Falle zusammenzubringen, der Versicherte mag noch leben oder bereits gestorben sein. Der Risikocharakter der Lebensversicherung wird entsprechend zurückgedrängt erscheinen, und der Erfolg wird eher bei der Erleben des Endtermins der Versicherung sich das Verhältnis von Summe der Prämien zur Versicherungssumme glänztiger stellen wird als bei Tarif 1. Der Versicherungslandwirt wird eben in jedem Falle erwägen müssen, welcher Zweck der Lebensversicherung seiner wirtschaftlichen Lage nach im Vordergrund zu stehen hat. Ein besser entlohnter Arbeiter wird naturgemäß sich berechnigt fühlen, bei Abschluß der Versicherung nicht nur an die Versorgung seiner Angehörigen im Falle frühzeitigen Todes zu denken, sondern gleichzeitig den Zweck verfolgen, für die Tage, wo er vielleicht nicht mehr so erwerbsfähig ist, einen Zusatzfonds zurückzustellen. Diese Aufgabe löst er am besten durch Abschluß einer Versicherung nach Tarif 2. Er wird hierbei Zahl und Alter der Kinder und andere Umstände berücksichtigen können, in vielen Fällen wird die Versicherung des Ernährers nach Tarif 2 sich als die beste Form der Aussteuer- oder Militärdienstversicherung der Töchter und Söhne erweisen. Alle diese Fragen soll der Versicherte erwägen, und der Vertrauensmann der „Volkspfürsorge“ ist dabei sein geborener Berater, da er Tarife und Bedingungen der Gesellschaft allmählich natürlich besser kennen lernt als der Versicherungslandwirt. Greifen wir ein Beispiel heraus. Ein Arbeiter hat im Alter von 23 Jahren geheiratet und seine Frau im ersten Wochenbett verloren. Seine damals geborene Tochter sei jetzt 6 Jahre alt, es komme für ihn jetzt das rechnungsmäßige Alter von 30 Jahren (mehr als ein halbes Jahr rechnet bei der „Volkspfürsorge“ als ein volles Jahr) in Betracht. Er hat nun die Absicht, für seine Tochter beim vollendeten 21. Lebensjahre ein Kapital etwa zu Aussteuerzwecken anzusparen und gleichzeitig sein Kind im Falle vorzeitigen Todes nicht ganz mittellos zu hinterlassen. Ganz naturgemäß bietet sich ihm Tarif 2, 15. (Tarif 2, Tabelle 1 des Handbuchs.) Für eine Prämie von halbmonatlich 2 M kann er ein Kapital von 580 M beschaffen, wozu noch voraussichtlich eine bedeutende Summe durch Ansammlung von Gewinnanteilen mit Zinsen und Zinseszinsen kommt. Es ist das einer der Fälle, wo die sonst häufig für ungewinnlich erklärte Form der sehr stark abgezinsten Versicherung ihren Wert besitzt.

Vergleichen wir wiederum mit den Prämien der „Victoria“. Bei entsprechender Wochenprämie kann hier nur ein Kapital von 495 M beschaffen werden. Die Versicherungssumme ist also bei der „Volkspfürsorge“ um etwa 20 Prozent höher. Dazu kommen die gleichen Vorteile bezüglich der Karenzzeit und der Versicherungsbedingungen überhaupt. Schon nach einem Jahre zum Beispiel sind die Versicherungen der „Volkspfürsorge“ „unersetzlich“, das heißt bei Nichterfüllung der Prämienzahlung tritt — natürlich unter mäßiger Reduktion der Versicherungssumme — Umbauung in eine prämiensfreie Versicherung ein. Die Beträge dieser prämiensfreien Versicherungen erhöht der Versicherte aus seiner Felice für alle Jahrestermine seiner Versicherung.

Vergleichen wir noch an einem zweiten Beispiel „Volkspfürsorge“ und Erwerbsgesellschaft. Für eine Halbmöndatsprämie von 2 M kann ein 25jähriger Vater bei 40jähriger Prämienzahlung nach Tarif 2 1480 M beschaffen. Er vereint hierdurch die Sorge für seine Familie mit der Sorge für sein eigenes Alter. Denn bei Erlebens des 65. Lebensjahres erhält er selbst das Kapital zuzüglich der angesammelten Gewinnanteile. Mit dem 65. Lebensjahre hört aber nach allen Erfahrungen die Erwerbsfähigkeit eines Mannes der arbeitenden Klasse im besten Falle auf. Der Versicherte sorgt also in diesem Falle für eine sehr wertvolle Ergänzung seiner etwaigen reichsgesellschaftlichen Invaliditätsversicherungsbeiträge. Auch in diesem Falle wäre die Versicherungssumme bei der „Victoria“ für entsprechenden Tarif und Wochenprämie erheblich geringer, nämlich 1309 M. Die Tatsache, daß bei der „Volkspfürsorge“ vom Anfang an ein höheres Kapital für entsprechende Prämie versichert werden kann, wird durch keine Dividendenberechnungen der Erwerbsgesellschaften ausgeglichen. Man könnte den Vergleich, den in neuester Zeit das Reichliche Aufsichtsamts gegen den Unfug dieser Versicherungen in Form der „Reichsrechnungen“ eröffnet hat, nur begründen, wenn andererseits durch Ausbeutung des Aufsichtsamtes dafür gefordert würde, daß die öffentlich-rechtlichen (agrarischen) Lebensversicherungsgesellschaften nicht mit für die Sicherheit der Versicherung gegenüber niedrigen Prämien rechnen dürfen, im Vertrauen auf Verwaltungskostenzuschüsse, welche die Kreditanstalten aus den Mitteln der Steuerzahler ihnen bewilligen.

Eine wertvolle Ergänzung erhält Tarif 2 durch Tarif 3. Auch hier handelt es sich um Versicherungen auf den Todes- und Erlebensfall, doch liegt der Endtermin der Versicherung im allgemeinen erheblich später als der Endtermin der Prämienzahlung, für die durchweg eine Dauer von 10 Jahren festgelegt ist. Diese Versicherungsform dürfte sich in den Fällen empfehlen, wo der Versicherte ein Interesse daran hat, möglichst rasch eine Versicherung aufzubehalten, dagegen kein Interesse daran nimmt, sehr bald in den Besitz der Versicherungssumme zu gelangen. Ein 30jähriger Versicherte habe zum Beispiel zur Stellung einer Kaution ein Darlehen von 300 M erhalten. Er will keinen Gläubiger für den Fall seines Todes einsetzen, die Versicherung hierfür aber möglichst rasch aufbehalten. Nach Tarif 3, Tabelle 2, genügt hierfür die Zahlung einer Halbmöndatsprämie von 1 M 10 Jahre lang. Zahl er seine Schuld inzwischen ab, so gelangt er selbst bei Erlebens des 60. Lebensjahres in den Besitz der Versicherungssumme. Für diesen Tarif stellen vergleichbare Beiträge der Konsumergesellschaften, doch dürfte der prinzipiell gleichartige Aufbau aller Kapitalversicherungsprämien der „Volkspfürsorge“ für ihre Überlegenheit auch bezüglich dieses Tarifs.

In weiteren Mitteln werden wir uns noch mit der Kinderversicherung sowie mit den Einzelheiten der Sparversicherung beschäftigen.

### Die proletarische Jugendbewegung.

Gerade in unserer Zeit macht sich das helbe Bemühen der herrschenden Klasse bemerkbar, die Arbeiterjugend für ihre Zwecke einzufangen, sie dem Proletariat als Kämpfer zu entziehen. Die Herren Militärs und die Leute, die auf dem Geldbeutel sitzen, wollen unsere Jungen und Mädchen in dem Glauben: „Reiche und Arme hat es stets gegeben und wird es auch in Zukunft geben“ erbalten. Zu diesem Zwecke haben sie eine Menge Vereine und Vereine gegründet. Damit aber ihre grobe Ausfaat nicht so leicht erkennbar ist, hüllten sie sie in ein schönes Kleid. Auf dem der einen Seite steht in großen Buchstaben „Gott“ und auf dem der andern „Kaiser“ geschrieben. Unter diesen beiden Ausschmückungen glauben sie nun, alles tun zu dürfen.

Zu der ersten Gruppe gehören die evangelischen Jünglings- und Jungfrauenvereine, die katholischen Jugendvereine, der Verband katholischer Vereiner erwerbstätiger Frauen und Mädchen, die Jugendabteilung des Verbandes katholischer kaufmännischer Vereiner und noch verschiedene mehr. Die anderen gehen vor, Vaterlandsliebe und was der schönen Jugenden mehr sind, unter die Arbeiterjugend tragen zu wollen. Zu denen zählen in der Hauptsache der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, die Jugendabteilungen der Gewerkschaften (Hirsch-Dunder), der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte, die Deutsche Turnerschaft, der Verband deutscher Wandervögel, der Jungdeutschlandbund, die Pfadfinder und die vielen, vielen bürgerlichen Sportvereine.

Diese Vereiner und Verbände zähl en rund 1½ Millionen Mitglieder. Ob sie sie haben, ist allerdings fraglich. Inbezug, auch wenn man die vielen Papierkolonnen (doppelte Mitgliedschaft, nur der Form halber eingetragen) abzählt, so bleibt immer noch ein stattlicher Haufe übrig, selbst wenn man nur die Nachläufer aus der Arbeiterklasse im Auge behält. Deshalb wollen wir aber keinesfalls erschrecken. Wir wissen, daß diese bürgerliche Jugendbewegung gewaltige Zuschüsse aus Staatsmitteln erhält, daß ihr oft Privatleute große Summen schenken. In Fortbildungsschulen wird ihr sie oft in der schamlichsten Weise Propaganda getrieben. Unternehmer und Vorkämpfer treiben ihnen die Jugendlichen scharenweise in die Arme. Behörden halten es für ihre Pflicht, Proletariatsvereiner und -Lektoren, die der freien Jugendbewegung angehören, mit Geldstrafen zu belegen. Sie verweigern auf den Fall in Dresden, wo über Jugendliche Strafen verhängt wurden, nur weil sie dem Arbeiterturnverein angehört haben. Dann die vielen Fälle, wo Jugendlichen ganz unpolitische Vorträge verboten wurden. In der Arbeiterjugend kann man Haarträubendes lesen. Unter solchen Umständen ist es natürlich kein Wunder, wenn die Bürgerlichen mit ihrer Verbummungspolitik manchen jungen Arbeiter in ihren Netzen fangen.

Trotzdem ist auch die freie Jugendbewegung ein gewaltiges Stück vorwärtsgekommen. Das beweist am besten ihr Bildungsorgan, die Arbeiterjugend. Sie wird von 100 000 Jugendlichen gelesen. Nun gibt es aber auch noch manchen, der zwar an der proletarischen Jugendbewegung teilnimmt, aber aus Furcht vor Eltern oder Lehrern ihre Zeitung nicht abonnieren kann. Also haben auch wir eine ansehnliche Schare um unser Fähnlein gesammelt. Unsere Gegner sehen uns nicht mehr mitteilend an, sondern beginnen allmählich vor dem wachsenden Riesen zu zittern. Sind sie uns jetzt auch an Zahl noch überlegen, so können wir uns zum Troste sagen: Nicht die Quantität, sondern die Qualität macht's. In dieser Hinsicht sind wir ihnen ein gutes Stückchen voraus. Wir halten unsere Mitglieder nicht mit dem schönen Wammon oder mit Gewalt zusammen, nein, die Erkenntnis des Richtigen, der Drang nach Bildung treibt sie zu uns. Und wir wollen sie erziehen zu tüchtigen, kampferprobten Menschen. Befähigung für freigesetztes Streben soll in ihnen geweckt werden.

Diese 650 Jugendausgänge, die eine umfangreiche Tätigkeit entfalten. Einen Blick in die Bildungsarbeiten gewähren die vom 1. Juli 1912 bis zum 31. März 1913 getroffenen Veranstaltungen:

Art der Veranstaltung	Anzahl	Teilnehmer		Zusammen
		Jugendliche	Erwachsene	
Einzelvorträge . . . . .	3309	119737	14549	134286
Im Vorjahr . . . . .	3474	133090	9898	142988
Stündl. Veranstalt. und Feste . . . . .	2405	69347	59471	128818
Im Vorjahr . . . . .	1648	126381	62494	188875
Bildungsbücherei Führungen . . . . .	672	18919	2993	19912
Im Vorjahr . . . . .	390	10410	1064	11474
Wanderungen . . . . .	3630	73317	—	—
Im Vorjahr . . . . .	4230	153616	—	—

Das Vorjahr umfaßt zwölf Monate.

Diese Jugendlichen nehmen auch an den Veranstaltungen der Bildungsausgänge und der Gewerkschaften teil. Außerdem erfreuen sich die Jugend- und Arbeiterbibliotheken eines regen Zuspruchs. Den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen stehen 54 771 Bände in den eigenen Büchereien zur Verfügung. Ein guter Grund dafür ist, daß bei allen Veranstaltungen Mithat- und Labatgenutz fernbleiben. So sehen wir eine geschulte Nachkommenschaft heranreifen.

Wir dürfen uns aber deshalb nicht auf die faule Haut legen. Nein, die Aufgabe der erwachsenen Arbeiterklasse ist, die freie Jugendbewegung noch mehr zu fördern, daß sie noch kräftiger heranreife. Wir müssen unseren Stolz in der Verwirklichung dieser Aufgabe setzen. Die Jugend in den Gewerkschaften bedarf einer noch besseren Schulung. Sie gibt uns ein großes Arbeitsfeld. Auf dem laßt uns weiter vorwärtsbringen! Behaltet, auch die 1½ Millionen der bürgerlichen Jugendbewegung sind meistens proletarischen Ursprungs. Die Gegner sollen unsere Oberweltigkeit noch mehr kennen lernen. Arbeiter, aus Werk! Bildet eure junge Garde noch mehr heran, erzieht auch würdige Nachkommen, kämpft auch ihr stolz für die freie Jugendbewegung.

### Das Genossenschaftswesen.

Das Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereiner für 1913 ist in einem neuen geschmackvollen Gebände und in gleichem Umfange wie im Vorjahre erschienen, es geschmückt mit einem vorzüglichen Bildnis des verstorbenen ersten Vorsitzenden des Zentralverbandes, Max Kadefors. Man mag über den Umfang dieses Jahrbuches (ca. 2800 Seiten Großformat) denken und sagen was man will, das eine ist sicher, daß keiner seiner Abschnitte ohne Schaden fürs Ganze wegzulassen werden könnte. Vielleicht könnte der zweite Band als überflüssig bezeichnet werden, weil sein Inhalt der ganz gleiche ist, wie die Jahresberichte der neun Revisionsverbände, aus denen der Zentralverband deutscher Konsumvereiner besteht. Einer solchen Verfüzung widerspricht aber die Anlage des Ganzen durchaus, und was das Jahrbuch als Sammelwerk dem volkswirtschaftlichen Fortschritt, den Bibliotheken etc. in dem zweiten Bande zusammengestellt bietet, mußte gegebenenfalls stückweise zusammengestellt werden. Und diese Mühe können sich nur sehr wenige machen, weil allen anderen die Zeit dazu fehlt oder schlichtlich zu kostbar ist.

Was den ersten Band betrifft, so bietet jeder seiner einzelnen Abschnitte eine interessante wirtschaftliche Monographie, ohne deren Berücksichtigung sich etwa eine Geschichte der deutschen Volkswirtschaft nicht denken läßt. Das geht schon aus dem einen Umfange hervor, daß die deutschen Konsumvereiner heute mindestens zwei Millionen Familien als Mitglieder zählen, die mit all ihren Angehörigen über 10 Millionen Seelen von den 65 Millionen der deutschen Bevölkerung zählen. Schätzt man den Jahresbedarf einer Familie in

\* Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereiner. Erster Jahrgang 1913. Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereiner von dessen Mitglied Heinrich Kaufmann. Preis des zwölfbändigen Werkes 10 M. Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereiner m. B., Gamburg 1.

### Warum kämpfen wir um die Verkürzung der Arbeitszeit?

Vassalle, der gewaltige Vorkämpfer des Sozialismus, brachte in einer seiner bedeutendsten Flugblätter die Rede von: „Die Arbeiter sind die wahren Träger der Kultur.“ Als Vassalle mit seinem Programm an die Öffentlichkeit trat, fand er in der damaligen Arbeiterklasse nur wenig Zuhörer. Das war leicht erklärlich, da bei der noch schwachen Industrialisierung Deutschlands von Arbeitermassen in heutiger Sinne keine Rede sein konnte. Der zweite Grund war die niedere Allgemeinbildung der arbeitenden Klasse. Die langsam sich entwickelnde Arbeiterklasse mußte erst reif und aufnahmefähig werden für derartige umgestaltende Ideen, wie sie Vassalle vertretet. Ein Menschenalter ist seit jenen dankwürdigen Tagen dahingegangen, und wir Gegenwärtigen können wohl an der Hand zuverlässiger Beweise urteilen, ob Vassalle mit seinem Ausspruch recht hatte oder wie weit wir dem Ziele nähergekommen sind.

Nur wenigen Zeitgenossen Vassalles hätte wohl geträumt von der großartigen Entwicklung, die das deutsche Volk in dieser kurzen Spanne Zeit erreicht hat. Fragen wir uns nun, ob denn die arbeitende Schicht der heutigen Bevölkerung auch den vollen Genuß dieses Aufstiegs hat, so müssen wir wohl sagen, die Klasse der Arbeiterklasse steht weit höher als ihre Vorfahren im Jahre 1850. Aber von der Kulturträgererschaft der Arbeiter kann noch lange nicht die Rede sein. Manches Nachkommende ist wohl aus der Klasse aufgewachsen (Wohlfahrt, Gewerblichkeitsbewegung), das auf einen gesunden Kern schließen läßt; doch die vielen Kulturrückstände sind noch nicht allgemindert. Das tieferegehende Bildungsbedürfnis ist immer noch ein geringes im Verhältnis zur Größe der Klasse. Welche Antriebskräfte dominieren auch heute noch dort gegenüber wichtigen Gegenwartsfragen (Wohlfahrt, Schul- und Arbeitsfrage).

Es kann nicht gesagt werden, daß es dem Unbemittelten an Städten und Quellen zur Stillung seines Bildungshungers fehlt. Nur in wenigen Kulturstaaten sind soziale Einrichtungen zur Pflege einer Volkskultur wie in Deutschland. Gerade auf diesem Gebiete ist von der Sozialdemokratie Hervorragendes geleistet worden, so daß die Partei sich mit Recht die Weterin des Proletariats nennen darf. Aber mit dem Wenden allein ist noch nichts erreicht, sondern die Theorien und Ziele müssen auch der Masse wirklich klar werden. Mit dem Lesen der Parteipresse allein ist eine größere Vertiefung in unsere Probleme noch nicht möglich, da eine Zeitung nur agitatorisch wirken kann. Das erschöpfendere Behandeln ist nur der hierfür geeigneten Literatur möglich. Man muß die bessere Bildung der Massen haben, will man für sie mehr den Gegenwartsverhältnissen abtrotzen. Darum ist es ein Stück Selbsterhaltungstrieb, wenn wir mehr Bildung der Massen verlangen, so nur ist es möglich, eine feste Ueberzeugung von der Gesundheit der sozialistischen Bewegung zu erreichen. In unserm Bibliothekswesen ist nun die Erfahrung gemacht worden, daß sich die Nachfrage nach wissenschaftlichen und klassikerwerken verringert hat zugunsten der weniger geistige Arbeit erfordern Unterhaltungsliteratur. Was sind nun die Ursachen dieser unerfreulichen Entwicklung? In den meisten Gewerben und Industrien ist in den letzten Jahrzehnten die Arbeitszeit vermindert worden, so daß man annehmen muß, die Gegenwartsverhältnisse hatten mehr Zeit zur Vertiefung ihres Wissens. Wenn auch durch die ungeheure Ausdehnung unserer Industrialisierung der Weg trotz Verbesserung der Verkehrrsmittel mehr Zeit beansprucht als früher, so ist hierdurch schon oft die Verkürzung der Arbeitszeit ausgeglichen.

Das Hauptübel ist jedoch in der Mechanisierung der Arbeitsprozesse zu suchen. Die Maschine hat vielfach den Menschen zu einem Automaten herabgedrückt, dem nur die Erledigung weniger sich tausendfach wiederholender Handgriffe übrig bleibt. Hierin liegt die Gefahr der abschwächenden, jeder geistigen Tätigkeit feindlichen modernen Industriearbeit. Aber in den Maschinenräumen aller herrscht diese Mechanisierung nicht, sondern sie greift auch über zum Bureauvertrieb, so daß auch hier durch die Arbeitsaufstellung die Geistesfähigkeit mehr und mehr verschwindet. Ohne die Mechanisierung der Betriebe würden manche Gewerbezweige einfach existenzunmöglich, aber den Arbeitern dieser Betriebe müßte bei der Einführung solcher Methoden als Entschädigung eine weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit gegeben werden. Unser Kampf ist der Kampf ums Menschenrecht, doch die Maschine macht uns zu Sklaven, darum bedürfen wir zur geistigen Wachhaltung einer kurzen Arbeitszeit. Was nützen alle Kulturerrungenschaften, wenn sie nicht Allgemindert werden, die Kultur wird nicht geschaffen von Abhängigern und für Abhängig-



Von den Meistern verurteilt, diesen und jenen Arbeiter zu veranlassen, keine Kündigung zurückzugeben, jedoch ohne Erfolg. Da die Unternehmerrichtiger von den Arbeitern kurz vor Ablauf der Kündigungsfrist noch eine Verhandlung angeboten worden war, ihre ablehnende Stellung aufrecht hielten, also keine weiteren Zugeständnisse machten, so war der Streik unvermeidlich. Genau so einseitig wie die Kündigung erfolgte, wurde auch der Streik beschlossen und die Arbeit eingestellt. Circa 100 Arbeiter waren an diesem Streik beteiligt, von denen keiner zum Streikbrecher geworden ist. Die Unternehmerrichtiger hatten eine solche Einseitigkeit nicht erwartet, denn ganze vier Mann blieben in den drei Betrieben als „getreue Diener ihres Herrn“ stehen. Wohl suchten die bestreikten Unternehmer durch Inzinate in den Zeitungen Formner bei „gutem Lohn und dauernder Beschäftigung“, jedoch waren diese Versuche fast ohne Erfolg. Wenn wirklich einige arbeitstüchtige oder zugerichtete Formner nach Buzglauf kamen, wurden sie von dem Sachverhalt unterrichtet, und dann zogen sie es vor, wieder abzureisen. Nur einige „berufsmäßige Kautzreißer“ traten bei den bestreikten Firmen in Arbeit. Über die betreffenden Unternehmer erkannten bald, welchen Erfolg sie bekommen hatten. Es ist wohl nicht zu viel behauptet, wenn wir sagen, daß die Unternehmer zufrieden waren, als diese Arbeitstüchtigen ihren Betrieb und Buzglauf wieder verlassen hatten. Nur folgendes sei von der „Tätigkeit“ dieser Arbeitstüchtigen erwähnt. Bei einer Firma wurden in der dritten Woche des Streiks fünf Mann eingestellt, worüber bei den Unternehmern große Freude. Damit diese „Kneifer in der Not“ nicht mit den Streikenden in Berührung kamen, mußten sie auch gleich im Betrieb übernachten, bekommen Essen und Trinken und durften die Fabrik nicht erst zu verlassen. Es wurde ihnen so viel wie möglich gegeben, damit sie nur ja zufrieden wären. Aber mit der Arbeit, mit den Leistungen dieser Arbeitstüchtigen, sah es nicht besonders gut aus. Obwohl die Firmeninhaber nicht viel verlangten, so hatten die Arbeitstüchtigen dieses Wenige noch nicht geleistet. Die Arbeit, die wirklich geleistet wurde, war noch zum größten Teil Ausschuß gewesen. Als nun noch diese Arbeitstüchtigen den in der Nähe der Fabrik befindlichen Obstgarten fleißig besuchten und während der Arbeitszeit die Obstbäume „besichtigten“, so daß das Obst an den Bäumen immer weniger wurde und die Bäume immer kahler, da hatte man von den „Arbeitsleistungen“ der Streikbrecher genug — sie wurden entlassen. Den Unternehmern mußte wohl auch die Lust vergangen sein, sich „neuen Ertrag“ zu verschaffen, denn andere Arbeitstüchtige wurden nicht mehr eingestellt. Der Streik selbst verlief durchwegs günstig für die Arbeiterchaft. Nach dreiwöchiger Dauer kam nach einer Verhandlung mit einer bestreikten Firma eine Einigung zustande, wonach eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Verdienste erreicht war. Nach weiteren zwei Wochen wurde auch bei einer andern Firma verhandelt und auch dort war eine Einigung möglich. Nur bei der dritten Firma war der Kampf am hartnäckigsten, jedoch gelang es auch hier, gegen Ende September einen annehmbaren Frieden herbeizuführen. Die Gesamterfolge dieser Lohnbewegung seien kurz in folgender Weise zusammengefaßt: Die Arbeitszeit ist jetzt in sämtlichen Betrieben so geregelt, daß die Anzahl der früheren wöchentlichen 59- bis 60stündigen 56 Stunden beträgt. Sonnabends ist um 3 Uhr Feierabend. Die Stundenverdienste für Formner sind zu vereinbaren, daß die Tarifpreise so festgesetzt werden, daß jüngere Formner 40 bis 45 %, ältere Formner 46 bis 55 % die Stunde mindestens verdienen können. In den Betrieben, wo Ueberstunden erforderlich sind, wird ein Zuschlag von 25 Prozent gezahlt. In der Beschäftigung (Ausschuß) ist in sämtlichen Betrieben eine bessere Regelung als bisher getroffen, unverschuldeter Ausschuß wird bezahlt, in kritischen Fällen entscheidet der Unternehmer gemeinsam mit einer Formnerkommission. Auch eine Erhöhung der bisherigen Tarifpreise ist zum größten Teil herbeigeführt worden. Die Ueberstunden für Maschinenformner, Kernmacher, Fußer und Hilfsarbeiter sind aufgehoben. Die Tarifpreise werden von Beginn der Arbeit bekannt gegeben oder berechnet. Auch für gute hygienische und andere Einrichtungen, die für die Arbeiterchaft erforderlich sind, wird von den Firmen gesorgt. Es wäre vielleicht noch mehr zu erzielen gewesen, jedoch aus zweierlei Gründen mußte der Streik beendet werden. Zunächst mußte man berücksichtigen, daß es die erste Lohnbewegung der Formner und Arbeiter in Buzglauf war, die die gesamte Kollegenchaft umfaßte, und dann mußten sich schon in den letzten Wochen des Streiks die Anzeichen der wirtschaftlichen Krise bemerkbar machen. Ferner kommt noch in Betracht, daß sich auch bei den Kollegen, die am längsten streikten, zum Teil eine Kompromissmüdigkeit, mindestens eine Ermüdung bemerkbar machte. Circa neun Wochen befanden sich diese Kollegen im Streik und haben schwere Opfer bringen müssen. Daß auch die Polizei die bestreikten Unternehmer unterstützte, indem sie auf Streikposten befindlichen Kollegen arreliert und später mit Strafmmandaten bedroht wurden, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Leider war auch der politische Ueberleber zum Teil mit schuldig, daß der Verlust eines Menschenlebens zu beklagen ist. Auf Veranlassung eines Streikbrechers, der sich durch die Aeußerung eines Formners beleidigt fühlte, wurde diesem Ende September eine Anklageschrift zugehakt. Das hat er sich so zu Herzen genommen, er war darüber so aufgeregt, daß er sich nicht beruhigen ließ. Obwohl ihm von uns Rechtsrat zugesichert war, meinte er: „Ich habe in meinem Leben noch nie etwas mit dem Gericht zu tun gehabt.“ Einige Tage nach der Zustellung der Anklage verschwand er und wurde kurze Zeit darauf in der Nähe von Buzglauf erhängt aufgefunden. Es wäre jedenfalls besser gewesen, wenn die in Betracht kommende Behörde den Fall des Arbeitstüchtigen nicht zu leicht und zu viel Glauben geschenkt hätte, sondern sich über den Reumund des beschuldigten Kollegen auch an anderer Stelle erkundigt hätte, dann wäre es jedenfalls nicht zu der Erhebung einer Anklage gekommen und der betreffende Kollege wäre heute noch am Leben. — Wenn hier zum Schluß gesagt werden kann, daß diese Lohnbewegung mit einem nicht zu unterschätzenden Erfolge beendet wurde, so muß doch auch betont werden, daß es an den Kollegen liegt, daß es ihre Pflicht ist, dafür zu sorgen, die Ermüdungserscheinungen nicht wieder verloren gehen zu lassen. Wohl werden die Unternehmerrichtiger und wieder versuchen, diese und jene Verbesserung zu umgehen oder zu vereiteln. Zeigen die Kollegen dann aber, daß sie noch wie vor einig und entschlossen sind, ihre Rechte zu verteidigen, dann werden alle Verschönerungsversuche erfolglos abgewiesen werden können. Die Kollegialität muß mehr als bisher gepflegt werden, neue Mitglieder aus den Reihen der Berufsgenossen sind unserm Verband zuzuführen. Geschieht dieses, dann sind die Opfer, die dieser Kampf erforderte, nicht umsonst gebracht, und der Erfolg wird dann ein dauernder sein.

Metallarbeiter.

**Appell.** Wir sind genötigt, uns schon wieder mit dem Appell zu befassen. Appellreduzierungen, willkürliche Festsetzung der Tarifpreise durch die Meister und schändliche Behandlung waren die Ursachen, die die Arbeiter seinerzeit zum äußersten zwangen. Der Streik wurde unter Verleumdungen beendet (siehe Nr. 27 d. W.-Ztg.), die zu der Annahme berechtigten, daß sich ein geregelter Arbeiterbetrieb ermüdete. Die Rechnung hat man aber ohne den damaligen Betriebsleiter (jetzigen Direktor) S e b o i g gemacht. Diesem Herrn ist jetzt die Erkenntnis gekommen, daß das Appellmodell reformbedürftig ist. Dieser Erkenntnis haben wir uns noch nicht verschlossen, nur sind wir dabei anderer Meinung als Direktor Seboig. Zu einem modernen Betrieb gehören vor allem gute technische Einrichtungen, das heißt gute Werkzeuge und Maschinen. Aber auch in bezug auf sanitäre Einrichtungen müssen an einen modernen Betrieb mehr Ansprüche gestellt werden, als das Appellmodell bietet. Maschinenrichtungen, gute Ventilation und Sauberkeit im Betriebe sind wohl das mindeste, was dazu gehört. Er sieht es aber damit aus? Diese Reformen lassen der Firma für Geld, aber die, die Herr Seboig meint, die bringen Geld. Darum trich ans Werk. Auf allen Gebieten müssen, um mit diesem Herrn zu reden, Verbesserungen erachtet werden. Der Arbeiter darf mit seiner Arbeitskraft nicht zurückgehen, und so wird neben den Ähleten und Schallläufern der Döffe und Egel in ihren Arbeitsleistungen dem Arbeiter zum Vergleich gestellt. Gewiß, diese Vergleiche sind schon „modern“, aber noch moderner ist das System, wie die Reformleistungen erzielt werden sollen. Mit der

Mahnung, ihren Redenkollegen nichts zu verraten, wird jeder einzelne Arbeiter, neben dem Versprechen, daß keine Abzüge gemacht werden, aufgefordert, so viel zu verrichten, wie ihm nur irgend möglich sei. Damit die Firma aber auch etwas verdienen, soll nur der im Betrieb übliche Vorkostenbeitrag von 65 % verrechnet werden, das was mehr verdient wird, soll mit der Firma geteilt werden. Damit die Sache aber nicht so rasch abhandelt, bekommt diese geteilte Beute der Arbeiter vom Herrn Direktor eigenhändig ausgezahlt. Der Umstand, daß es jetzt schon fast unmöglich ist, mehr als den angegebenen Satz bei präzipitierter Einstellung des Arbeitslöhnes zu erzielen, was bei sehr vielen Betrieben überhaupt schon längst nicht möglich war, bezog Herr Seboig, auf Befragen zu erklären, daß die Preise, die keinen Mehrwert über den Lohn ermöglichen, nicht aufgebessert werden. Also das „moderne“ System verspricht den Arbeitern eine gute Zukunft. Was früher durch die Abzüge nicht ganz erreicht wurde, das wird nun in viel wirkamerer Weise angestrebt. Eine weitere Reform ist die Einführung der englischen Arbeitszeit, die mit einer Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich vier Stunden verknüpft ist. Wegen die Arbeitszeitverkürzung an sich ist ja nichts einzuwenden, aber die Art, wie sie zur Durchführung kommt, ist alles mehr als eine moderne Reform. Betriebskosten sollen gespart werden, erklärt Herr Seboig, aber einen Lohnausgleich lehnt er in jeder Form strikt ab. Ob die englische Arbeitszeit in einem Betriebe, wo keine Kantine und kein Speiseraum vorhanden sind, eine Reform zum Besseren ist, kann bezweifelt werden. Und dies um so mehr, weil auch damit gerechnet werden muß, daß hier die meisten Frauen den Tag tätig sind, was besagt, daß es vielen Arbeitern gar nicht möglich sein wird, ein warmes Mittagessen zu bekommen. Darüber wird aber der Arbeiter nicht gefragt. Herr Seboig will es, und es geschieht. Damit die gebelerten und offenen Pläne aber auch durchgeführt werden, bedarf es doch noch einer energischen Kraft. Diese hat man in dem Ingenieur Hofmann gefunden. Dieser hat dem Appellmodell noch gefehlt. Sein kurzes Stierlein läßt, warum man das Sprichwort vom neuen Besen nicht in Betracht zieht, den Schluß zu, daß alles bisher Dagegenwärtige von ihm noch übertriffen wird. So wurden jetzt zwei Familienmitglieder sofort entlassen, weil sie, um während der Nachtstunden nicht Hunger leiden zu müssen, den Betrieb verlassen hatten, um sich etwas Probiant zu holen. Der Umstand, daß die Kollegen durch die Inventur, die einen Lohnausfall für 5 Tage zur Folge hatte, ohne Mittel waren und demnach sich nicht anders helfen konnten, als nun, wo sie Geld bekommen hatten, sich etwas zu verschaffen, fand bei diesem Herrn keine Berücksichtigung. Im Gegenteil, es wurde noch eine weitere Probe des Gerechtigkeitsmaßes gegeben, indem von drei solchen Schwerverdrehern nur zwei entlassen wurden, der Dritte fand Gnade. Etwas begrifflicher wird diese Handlungsweise, wenn man in Betracht zieht, daß der schon an dieser Stelle genannte Meister P i t s c h e i ein Wortchen mitzureden hatte. Dessen Entzug beruht, wenn man mit seinen eigenen Worten reden soll, nur darauf, daß er es versteht, oben nie anzudeuten, denn seine Leistungen als „Meister“ sind nach einstimmigem Urteil aller mit ihm in Berührung gekommenen nicht die Ursache seiner Entziehung. Ob hier auch einmal „reformiert“ wird? Diese Fellen mögen mit dazu beitragen, daß die Kollegen im Lande nicht auf die Verdungen der Firma, die immerfort durch die ganze Presse gehen, hereinschauen. Die Entlassungen sind gewöhnlich recht stark. Den Kollegen in diesem Betriebe muß aber immer wieder zugerufen werden: Seid einig, sorgt dafür, daß auch alle Kollegen im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert werden.

**Wäckerleben.** Die Direktion der Maschinenbauanstalt läßt sich in der Abfassung von „Verichtigungen“. Eine dieser Stilländerungen laute sie sehr auch uns. Diese entspricht zwar nicht dem § 11 des Preßgesetzes, auf den sich die Direktion beruft — wohlgeheilig kennt sie seinen Wortlaut nicht — aber sie ist so „original“, daß wir sie folgen lassen: „Wäckerleben, den 14. November 1914. An die Redaktion der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung, Stuttgart. Sie bringen in Ihrer Nr. 45 unter „Wäckerleben“ einen Artikel, überschrieben „Streik von Arbeitstüchtigen“. Wir ersuchen Sie auf Grund des § 11 des Preßgesetzes folgendes zu berichtigen: Es ist wahr, daß S. 11 in unserer Fabrik bestreikten Formner in der Frühe des 30. Oktober sich weigerten, das ihnen gegebene Frühstück ohne Bier zu nehmen. Dazu waren sie vollständig berechtigt, da nur durch ein Abnahmehandeln seitens des Kantinenvortes kein Bier gegeben wurde. Nach einer Aufforderung durch Oberingenieur Schneider, die höchstens 2 Minuten in Anspruch nahm, war der gemeldete „Hungerstreik“ beendet. Nicht wahr ist dagegen Ihre Behauptung, Direktor Seboig seine Worte an den Kopf geschleudert worden, daß er erklärte, so etwas sei ihm von den Draufgängernden (Streikenden) noch nicht geboten worden; mit unserer Direktion sind überhaupt keine Verhandlungen in dieser Sache geführt worden. Nicht wahr ist ferner, daß seitens der Formner Lohnforderungen gestellt wurden. Wahr ist dagegen, daß hier Formner am diesem Tage die Fabrik verließen; zwei dieser Leute waren tags vorher zugereist und die beiden anderen waren erst einige Tage in der Dieberei beschäftigt. Diese Leute erklärten, sie würden die Fabrik verlassen, weil sie sich einem Streikbrecherunternehmen in Hamburg angeschlossen. Das Erbauliche war, daß die vier Formner, die wir getrennt sprachen, übereinstimmend erklärten, daß ihnen die Fahrt nach Hamburg von der Wäckerlebener Geschäftsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bezahlt wurde.“ Die Direktion erklärt also in ihrer „Verichtigung“ auch, daß Behauptungen in Nr. 45 von a h r sind. Wäckerle ist uns immer das Ungeglück widersprechen, daß Behauptungen für „unwahr“ oder für „unrichtig“ erklärt worden sind. Aber nur zwei Minuten soll der „Hungerstreik“ gedauert haben. Der uns vorliegende Brief eines Augenzeugen gibt 1½ Stunden an. Es kommt aber ja auch gar nicht auf die längere oder längere Dauer des „Streiks“ an, sondern darauf, daß er stattgefunden hat! Wenn die Direktion in Abrede stellt, daß ihr „Schmeichelelen“ an den Kopf geschleudert worden seien, so begreifen wir das; wir haben aber keine Ursache, der Direktion zu glauben. Um so weniger, da sie auch behauptet, die Formner hätten keine Lohnforderungen gestellt. Da ist es denn doch mehr als merkwürdig, daß vier Formner das Dorado wieder verlassen haben. Das stärkste Stüd aber leistet sich die Direktion mit der Behauptung, die Formner hätten erklärt, sie schloßen sich einem Streikbrecher-Unternehmen in Hamburg an und unsere Geschäftsstelle habe ihnen die Fahrt nach Hamburg bezahlt. Das ist eine glatte Unwahrheit: Die Formner sind nicht nach Hamburg gereist, sondern es wurden ihnen Hochfahrten nach Essen und anderen Orten Rheinlands gelöst. Wenn sie aber auch erklärt hätten, nach Hamburg zu gehen, so würde das immer noch beweisen, daß die Arbeitsverhältnisse der Wäckerlebener Maschinenbauanstalt nicht so sind, wie es die Direktion in ihren wörtlichen Erklärungen hinzustellen beliebt hat.

**Berlin.** Am 16. November tagte in der Brauerei Friedrichshain die gut besuchte öffentliche Generalversammlung der Verwaltungskommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Der gedruckte Stassenbericht enthält in Einnahme und Ausgabe folgende Zahlen: Einnahme der Hauptkasse inklusive eines Restes vom 170 867,79 M. 866 925,54 M. Unter den Ausgabeposten der Hauptkasse sind folgende Hauptposten enthalten: Unterstützung für Arbeitslose 263 353,65 M., Unterstützung für Kranke 160 024,50 M., Streiks 67 430 M., Maßregelungen 17 303,20 M., Unterstützung in besonderen Notfällen 4430 M., Hinterbliebenenunterstützung 5460 M., Reisegeld 8860,95 M., Unterstützung beim Umzug 3068,90 M., an die Hauptkasse eingezahlt 198 395,46 M. Die Lokalkasse zeigt inklusive eines Restes vom 1. Juli von 1 640 632,58 M. eine Einnahme von 1 773 865,88 M. Aus der Lokalkasse wurden bezahlt bei Streiks 42 991,30 M., bei Maßregelungen 5100,60 M., in besonders Notfällen 1857 M., Der Restbestand der Lokalkasse betrug am 30. September 1 561 731,52 M. Nach eingehender Diskussions über den Stassenbericht wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Es waren zur Generalversammlung eine Reihe von Anträgen gestellt, von denen aber nur wenige angenommen wurden. Beschlossen wurde nach einem Antrag der Jugendkommission, daß ein Ausschuss für Jugendangelegenheiten soll zu dem ausschließlichen Zweck, die Arbeiter der Jugendbildung zu erleichtern. Die Stelle wird ausgeschrieben; die zum Zweck der Prüfung der Bewerbungen im Ortsstatut vorgesehene Kommission wurde sofort gewählt. Ferner wurde folgender Antrag angenommen:

„Die Wahl der angestellten Bezugsleiter geschieht in folgender Weise: Nachdem ein entsprechender Antrag an die Ortsverwaltung gerichtet ist, wird die Frage der Anstellung von der Generalversammlung endgültig beschlossen. Die Wahl erfolgt in gleicher Weise, wie bei sonstigen Angelegenheiten auch, das heißt durch Ausschreibung und Prüfung der einlaufenden Bewerbungen durch eine Kommission von 15 Mitgliedern, wovon 12 die Generalversammlung und 3 die Ortsverwaltung wählen. Die Vorschläge der Kommission werden den Vertrauensmännern des betreffenden Bezugs vorgelegt, und diese treffen die endgültige Wahl. Der angeestellte Bezugsleiter hat alljährlich in einer Konferenz der Funktionäre seines Bezugs Bericht zu erstatten. Die Konferenz hat das Recht, bei der Ortsverwaltung zu beantragen, daß der angeestellte Bezugsleiter von seinem Posten entfernt wird und auf einen anderen Posten zu setzen ist. Auch können die Kollegen des betreffenden Bezugs die Kündigung des betreffenden Bezugsleiters bei der Ortsverwaltung beantragen. Die Einladungen zu den Jahreskonferenzen sowie zu den Konferenzen, die die Wahl des angestellten Bezugsleiters vorzunehmen haben, geschieden vom Bureau der Verwaltungsstelle aus.“ Damit war die Tagesordnung erschöpft.

**Breslan.** Neue Besen legen gut. Bei der Firma Riebl, Maschinensort, Siedenzimmertrüge, hat ein neuer Meister seinen Einzug gehalten, der sich die endgültige Mühe gibt, sich so beliebt wie nur möglich zu machen. Herr K l o p s c h — so heißt der gute Mann — geniert sich nicht, Schloßergehellen, die die Müllkarren bereits hinter sich haben, einen Stundenlohn von 30 % zu geben. Es ist das ein Lohn, den zu geben sich der kleinste Schlossmeister einem erst Ausgelernten anzubieten schämen würde. Die alten Leute versuchen er loszuwerden, um billigere an ihre Stelle zu bekommen. Und welche dem, der krank wird: gleich wird ihm der Entlassungsgeld nach der Wohnung geschickt; ganz gleich, wie viele Jahre er im Betriebe tätig war. Das seit Jahren erworbene Recht, fünf Minuten vor Beendigung der Arbeitszeit sich zu entfernen, droht Herr Klopsch auch abzuschaffen. Nur immer so weiter, Herr Meister, die Arbeiter werden Ihnen recht bald die verdiente Antwort geben. Die Arbeiter wissen sehr gut, aus welchen Gründen Sie den Betrieb vor Schwabe in Erfurt verlassen mußten. Es wäre viel besser, die hygienischen Einrichtungen in der Werkstatt zu verbessern, denn sechs Waschtischen für 36 bis 39 Personen ist kein Verweis großer sozialer Einsicht. Und die schon so oft geforderten, aber immer noch nicht vorhandenen Kleiderpinde sollten nun doch auch bald angeschafft werden. Hoffentlich weiß der Firmeninhaber den Meister auf den richtigen Weg, um Weiterungen zu vermeiden.

**Erfurt.** Der „Werkverein“ und „Arbeiterbildungsverein“. Das die gelben Blätter nicht nur in ihrem Inzeratenteil, sondern auch in ihrer sonstigen Ausmachung einem Unternehmerorgan mehr ähneln als einem Arbeiterorgan, ist eine bekannte Tatsache. Doch ist wohl selten in einer Nummer eines gelben Organs so sehr der reaktionäre, hinterhältige Charakter zum Vorschein gekommen, wie in der Nr. 46 des „Werkvereins“, der in Essen erscheint, und der sozulagen den Ton für die gelbe Presse abgibt. Wie in dieser Nummer die Geschäfte der Scharmacher und sonstigen Wollschneider besorgt werden, ist einzig. Außer den verletzenden, persönlichen Angriffen auf Andersdenkende finden wir einen Artikel, der in schönster Harmonie mit der Resolution des Leipziger Arbeitervereins das Verbot des Verkaufes des Berliner Lageblattes auf den Bahnhöfen fordert. Neben der für einen Gelben selbstverständlichen Ablehnung der Arbeiterlohnfürsorge finden wir den Schrei nach Verschlechterung des Reallohnrechts. Das ist alles, was sich das gelbe Organ leistet, ist aber der Artikel: „Wer hindert den Arbeiter an freiwilliger Arbeit.“ In dem Absatz über „Arbeiterbildungsverein“ schreit das Blatt: „Wegen Lohnreduzierungen“ wolle 13 517 Arbeiter in den Abwehrstreik getreten sein. Es ist nicht einmal bekannt geworden, daß ein Arbeitergeber zu einer d u e r e n den Verschlechterung der Löhne die Hand geboten hat; doch kann er in solchen Zeiten gewagt sein, seine Lohnausgaben durch Forderungen zu vermindern, um nicht Arbeiter zu entlassen und gänzlich brotlos machen zu müssen. In solchen Krisenperioden denkt auch der rückständige sozialdemokratische Führer an keinen Abwehrstreik, sondern ist froh, wenn die Organisierenden im Betriebe und ihre Beiträge in seiner Kasse bleiben. Die sogenannten „Lohnreduzierungen“, die einen Abwehrstreik zur Folge haben, sind in Wahrheit auch gar keine Lohnreduzierungen; es sind meistens Appellreduzierungen, die bedingt werden durch die Einführung besserer Maschinen oder Neuverteilung der Arbeit. Immer bleiben diese Betriebsveränderungen die Möglichkeit, bei gleicher oder weniger Anstrengung den alten Lohnsatz zu erreichen, gewöhnlich garantieren sie sogar eine Steigerung des Lohnes.“ Also voller Liebermut und Faulheit ist es, weshalb die Arbeiter in den Abwehrstreik traten. Gerade in der jetzigen Zeit der schlechtesten Konjunktur, wo fast überall Appellreduzierungen vorgekommen werden und die Arbeiter, gezwungen durch die unglückseligen Verhältnisse, sich nicht zu dagegen wehren können, wie dies in guten Zeiten möglich ist, hat das gelbe Organ die Kühnheit, etwas daratiges zu schreiben. Die gelbe Weisheit, daß noch nie ein „Arbeitgeber“ seine Hand zu dauernder Verschlechterung geboten und immer Appellreduzierungen die Möglichkeit bieten, das selbe, ja sogar noch mehr wie vorher zu verdienen, sollte man allen Arbeitern, besonders den Gelben, in die Ohren schreien. Selten sind wohl die Interessen der Arbeiter von kapitalistischen Goldschreibern so mit Füßen getreten worden, wie es hier ein angeblich Arbeiterinteressen vertretendes gelbes Organ fertiggebracht hat.



mächtig waren. Das sei nicht der Fall. Die Verdienstverhältnisse hätten sich im allgemeinen seit 1902 gebessert, was schon daraus hervorgehe, daß der ordentliche Tagelohn nach § 8 des Krankenversicherungs-Gesetzes im Jahre 1902 für Straßburg auf 2,60 M festgesetzt war, während er jetzt 3,30 M beträgt.

Das Oberverwaltungsamt in Düsseldorf setzte in seiner Sitzung vom 25. April 1913 die Rente vom 1. April an auf 10 Prozent herab. Es sei infolgedessen eine wesentliche Besserung eingetreten, als der Kläger sich jetzt an die Verfestung des linken Ringfingers gewöhnt habe. Die gänzliche Einstellung der Rente sei nicht gerechtfertigt, weil der veränderte Zustand des linken Ringfingers, der beim Greifen und Erheben hinderlich ist, den Kläger auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt immer noch merklich in der Erwerbssfähigkeit beschränkt. Die Befassung einer Rente von 10 Prozent sei daher angemessen.

Dieser Urteil ist endgültig, weil ein Rekurs hiergegen nach den neuen Bestimmungen nicht zulässig ist. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß das neue Verfahren vor dem Verwaltungsamt durch das Verhalten des Berufungsgenossen völlig zwecklos war, nur eine Verzögerung des Verfahrens bedeutete. Durch die Begründung des ersten Bescheides suchte die Berufungsgenossenschaft den Richter zu erweichen, als habe der Gutachter die völlige Einstellung der Rente von 20 Prozent befristet, während er die Befassung einer Rente von 10 Prozent befristet hatte. In sich ist aber auch die Neubewertung der Rente von 20 auf 10 Prozent nicht gerechtfertigt, weil die Bewohnung schon zweimal als unmöglich festgestellt war.

#### Zur Bänderung der Arbeitslosigkeit

hat unser Kollege Werthaler (Mugsburg) im sächsischen Landrat folgenden Antrag gestellt:

1. In den Kreishaushalt für 1914 die Summe von 10 000 M als außerordentliche Reserve einzusetzen und die Regierung zu ermächtigen, im Benehmen mit dem ständigen Landratsausschuß den Gemeinden, die benötigt sind, ihre Arbeitslosen mit Barmitteln zu unterstützen. 2. Vorkehrungen zu treffen, daß alle beschlossenen Arbeiten, vornehmlich Straßen, Brücken und Wasserbauten, sowie andere Arbeiten nach Bewilligung der Mittel unverzüglich in Angriff genommen werden können. 3. Die Kreisbaubehörden und Unternehmer anzuweisen, bei allen obigen Arbeiten in erster Linie einheimische Arbeiter zu beschäftigen. 4. Die Errichtung gemeindlicher Arbeitsvermittlungstellen tatkraftig zu fördern und dem weiteren Ausbau bestehender Arbeitsnachweise erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der Stadtrat von Heidelberg beschloß, eine Arbeitslosenunterstützung nach dem Mannheimer Muster einzuführen, das heißt allen ein Jahr in Heidelberg anwesenden Arbeitern im Falle der Arbeitslosigkeit eine Unterstützung von 70 J bis zu 1 M pro Tag zu gewähren zu lassen. Für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wird die städtische Unterstützung durch die Gewerkschaften ausbezahlt, während die Nichtorganisierten die Unterstützung auf dem städtischen Arbeitsamt beziehen. Die Nichtorganisierten brauchen Beiträge in eine städtische Versicherungsanstalt nicht zu zahlen; dagegen sind für sie die statistischen Bestimmungen zum Bewege der Unterstützung in Rücksicht auf die schwierigere Kontrollmöglichkeit schärfer abgefaßt als die für die organisierten Arbeiter maßgebenden. Die Annahme dieser städtischen Vorlage im Bürgerausschuß hält man für gesichert.

#### Das Aufräumen nach Feterabend.

Zu den Bestimmungen für alle Betriebe, in denen in der Regel mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden, gehört auch der § 135 der Gewerbeordnung. Er bestimmt:

„Kinder unter 13 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden, Kinder über 13 Jahre dürfen nur beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind. Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren darf die Dauer von 6 Stunden täglich nicht überschreiten. Junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren dürfen nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden.“

S, der verantwortliche Leiter einer Kupferschmelze in Croffen, wo in der Regel mehr als 10 Arbeiter beschäftigt werden, war wegen Uebertretung des § 135 angeklagt worden. Die zehnjährige Arbeitszeit der im Betriebe beschäftigten Lehrlinge im Alter von 14 bis 16 Jahren endete ebenfalls um 6 Uhr. Diese Lehrlinge mußten aber noch nach 6 Uhr die Werkstatt aufräumen, was eine Viertelstunde bis eine halbe Stunde in Anspruch nahm. Deshalb wurde S. vorgeworfen, er habe die Lehrlinge länger als zehn Stunden beschäftigt.

Die Strafammer in Guben als Berufungsinstanz sprach den Angeklagten frei. Sie ließ sich über die eigentliche Sachfrage dieses Prozesses, ob das „Aufräumen“ als eine Beschäftigung im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen sei, nicht näher aus. Sie meinte, der Angeklagte sei schon deshalb freizusprechen, weil er nicht das Bewußtsein einer Gefährdung gehabt habe. Das entnahm die Strafammer daraus, daß die Handwerkerkammer zu Frankfurt a. O. Vorläufer für Bestimmung der Arbeitszeit herausgegeben habe, wonach der Lehrling nach Schluß der Arbeitszeit verpflichtet sei, die Werkstatt aufzuräumen. Der Angeklagte habe sich danach für befugt gehalten, die Lehrlinge nach Schluß der Arbeitszeit mit Aufräumen zu beschäftigen.

Das Kammergericht, bei dem der Staatsanwalt Revision einlegte, hob das Urteil der Strafammer auf und verurteilte gleich im Einverstänndnis mit dem Oberstaatsanwalt den Angeklagten zu der zulässig niedrigsten Strafe. Begründung wurde ausgeführt, daß § 135 der Gewerbeordnung sich ausdrücklich vor, daß in den betreffenden Betrieben junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren nicht länger als zehn Stunden „beschäftigt“ werden dürfen. Beim Aufräumen und Reinigen der Werkstatt handle es sich um eine Nebenbeschäftigung, die aber auch in den Betrieb hineingehöre. Es liege deshalb hier eine Uebertretung der gesetzlichen Beschäftigungszeit vor. Das Reichsgericht habe sich übrigens schon auf den Standpunkt gestellt, daß selbst Arbeiten, die außerhalb des Betriebes, aber für dessen Zwecke vorgenommen würden, wie das Briefausbringen und dergleichen nach Feterabend als eine Beschäftigung im Sinne des Gesetzes anzusehen sei. Wenn nun der Angeklagte den Irtum der Handwerkerkammer mitmachte, so sei das ein Irtum über das Recht, der ihn von Strafe nicht befreien könne. Da er aber durch das Formulare der Handwerkerkammer zu dem Irtum verleitet werden konnte, so habe der Senat in Uebereinstimmung mit dem Oberstaatsanwalt die niedrigste Strafe für angemessen gehalten und gleich die Verurteilung ausgesprochen.

#### Hinderung an freiwilliger Arbeit!

In der vorigen Nummer brachten wir einen in der Deutschen Industrie-Beamten-Zeitung veröffentlichten Brief der Vorbecker Maschinenfabrik und Eisengießerei ab, worin von einer Vereinbarung einiger Firmen für Hadzsen und Anemometer die Rede war, die sich verpflichtet haben, einander Angestellte und Monteur nicht fortzugewöhnen und Anemometer von solchen nicht zu beschäftigen. In der neuesten Nummer (47) der Deutschen Industrie-Beamten-Zeitung werden Briefe von den bei dieser Gelegenheit genannten Firmen Hermann Ferra in Halle und Silbesheimer & Spachard in A. S. veröffentlicht, wonach sie beiden Firmen ein solches Abkommen in Uebereinstimmung. Die letztgenannte Firma hat von der Vorbecker Maschinenfabrik eine Verletzung verlangt. Man wird nun sehen müssen, was diese dazu sagt.

#### Fürstliche Lohnbewegungen.

Das deutsche Volk muß zur Erhaltung seiner höchsten pädagogischen 40 Millionen Mark aufbringen. Das ist aber noch lange nicht alles, was sie auskosten. Die Fürsten haben alle noch mehr oder weniger große Domänen, die viele Millionen Ertrag abwerfen, abgesehen von sonstigen Einnahmequellen. Und doch muß man gelegentlich erfahren, daß der eine oder andere Fürst „nicht aus-

kommt“, was bekanntlich neuerdings bei den neuen Oberhäuptern von Bayern und Württemberg der Fall ist. Man hat sich denn auch bereit, die verlangte „Lohnerbhöhung“ zu gewähren. Schade, daß es nicht zum Streit kam! Wir hätten gerne gesehen, den Zug fern zu halten.

#### Preiswandschreiben betreffend Untersuchungsmethode für autogene Schweißnähte.

Am 11. November fand im Continental-Hotel in Berlin eine Beratung des Preisgerichts zu dem von dem Zentralbureau für Autogenen und autogene Metallbearbeitung in Nürnberg veranstalteten Preiswandschreiben betreffend „Untersuchungsmethode für autogene Schweißnähte“ statt.

Den Vorsitz führte Herr Geheimrat Regierungsrat Prof. Dr.-Ing. F. W. A. Lach. Es wurde festgestellt, daß keine der eingelaufenen Preisarbeiten eine vollkommene Lösung der Frage enthalte, weshalb eine Preisverteilung nicht in Betracht komme; doch befanden sich unter den Preisarbeiten wertvolle Anregungen, die bei weiterer Ausbildung geeignet erscheinen, den Zweck des Preiswandschreibens zu erfüllen.

Von den eingelaufenen 26 Preisbewerbungen wurden vorerst diejenigen ausgeschlossen, die nach Ansicht des Preisgerichts keine befriedigende Lösung bieten, wonach fünf Arbeiten übrig blieben, die einer näheren praktischen Prüfung am dem Versuchsausschuß für Werkzeugaufbauten an der Königlich-Technischen Hochschule zu Charlottenburg (Herrn Professor Schöflinger) und an der Materialprüfungsanstalt der Königlich-Technischen Hochschule zu Stuttgart (Herrn Professor Baumann) unterzogen werden sollten.

Zu diesem Zweck wurden die Einreicher dieser Antworten ersucht, gegen entsprechende Vergütung Vorrichtungen nach den Angaben ihrer Preisbewerbungen anzufertigen und zur Prüfung einzusenden.

Es steht zu erwarten, daß die eine oder andere der einzusendenden Vorrichtungen als geeignet befunden wird, eine zuverlässige Untersuchungsmethode für autogene Schweißnähte zu bilden. Die Elektrotechnische Lehranstalt des Physikalischen Vereins zu Frankfurt a. M. beschloß am 27. September ihren 24. Kursus zur Ausbildung von Monteuren und Installateuren sowie von Werkstatthaltern, Laboratorien- und Betriebsbeamten der Elektrotechnik. Die Schülerzahl betrug 18 und es befanden sich darunter auch solche, denen von Behörden oder Stiftungen Beihilfen zum Besuch der Anstalt gewährt worden waren. Bei Ausbruch der Schüler - von denen nur eine beschränkte Zahl zugelassen wird - wurde nach wie vor ein Hauptgewicht auf eine solide Praxis gelegt, deren Dauer im Durchschnitt zehn Jahre betrug.

Von der elektrotechnischen Industrie wie von Elektrizitätswerken lag eine rege Nachfrage um Nachweis geeigneter Kräfte aus dem Schülereis vor.

Der nächste Kursus beginnt wieder im Januar, da erfahrungsgemäß die im Installationsfach Beschäftigten um diese Zeit am besten abkommen können. Der Lehrplan der Anstalt hat infolgedessen eine Erweiterung erfahren, als dem Gebiet der Hochspannungsinstallation und des Freileitungsbaues ein größerer Platz eingeräumt wurde. Herr Haber, Oberingenieur der U. E. G. normals Bahnen & Co., hat es übernommen, auf Grund seiner reichen Erfahrung die Schüler in diesem Gebiete zu unterrichten.

#### Uneingigkeit bei den Begnern der Volksfürsorge.

Wie bekannt, ist einer der lautesten Kräfte in dem unlauteren Wettbewerb der zur Profitmacherei gegründeten Versicherungsgesellschaften der General-Landesfachdirektor Dr. Rapp in Königsberg. Dieser Herr ist auch einer der Hauptmänner im Verbände der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungs-Gesellschaften. Als nun die Volksfürsorge gegründet wurde, wollte er mit dem alten, den deutschen Mittel immer wieder schredenden Lieb: Der Staat ist in Gefahr! die „nationale Sammlung“ vorbereiten und der Volksfürsorge mit einer einheitlichen deutschen, nationalen Gegen-Volksfürsorge das ganze Geschäft verderben. Dabei hatte er noch die tolle Fassung, daß er zu gleicher Zeit auch herprivaten Volksversicherung das Wasser abgeben könne. Diese Gefahr wurde von den privaten Versicherungsgesellschaften und deren Männern in Regierungskreisen alsbald erkannt und unter der Führung des früheren preussischen Handelsministers v. Müller wurde eine Aktion eingeleitet mit dem Zwecke, unter Beteiligung der privaten Versicherungsgesellschaften die Gründung einer „nationalen“ Gegen-Volksfürsorge anzubahnen. Rapp suchte hier sein Ziel, die Gründung der Volksfürsorge zu parieren. Er bildete mit einigen wenigen Privatversicherungsgesellschaften (Friedrich Wilhelm, Wilhelm, Aduna, Deutsch-Land und einigen anderen) ein Volksversicherungsfactum und suchte dem für diese Sache interessierten Minister Verbrück zu beweisen, daß er die allein wahre, „nationale“ Volksversicherung bereits geschaffen habe und eine weitere Gründung gegen die Volksfürsorge sich erübrige. Über alles half nichts - die „nationale“ Deutsche Volksversicherung Aktiengesellschaft wurde gegründet mit dem Grafen Pofabowsky als Vorsitzenden des Aufsichtsrates an der Spitze. Der Reichsminister tat noch ein Uebtriges; er patronisierte diese Gesellschaft, indem er zu ihrer Klammereinen sogenannten Reichskommissar ernannte. Nun begann ein Geraufe zwischen den beiden „nationalen“ Versicherungsgesellschaften. Herr Rapp wird seinem neuen Gegner nichts schuldig. Dabei enthüllte er aber mehr von den Missetaten in den privaten Versicherungsgesellschaften, als seinen Korrelkammern lieb war. Nun ging die Forderung mit diesen in die Breite und am 11. November veröffentlichte die Deutsche Tageszeitung folgende Resolution:

„Die Verammlung des Volksversicherungsbundes, die heute stattfand, hat folgenden Beschluß gefaßt:

1. Das zwischen dem Verbände der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten und den privaten Volksversicherungsgesellschaften am 11. Januar 1913 getroffene Abkommen über die Volksversicherung wird aufgehoben.

2. Der Verband der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten behält im gegenseitigen Einverständnis aus dem Volksversicherungsbund aus.

3. Der Volksversicherungsbund wird von den privaten Volksversicherungsgesellschaften fortgesetzt.“

Herr Rapp ist danach mit seinen öffentlich-rechtlichen Gesellschaften isoliert und hat alle Hände voll zu tun, sich der „nationalen“ Konkurrenz der Deutschen Versicherungsmittelschicht zu erwehren, und diese muß Sorge tragen, daß die Volksversicherung der Interessierten der Privatversicherung nicht zu nahe tritt, die doch das Aktienkapital, den Organisationsfonds und ihre Direktoren als Aufsichtsräte nicht zur Verfügung gestellt haben, um sich selbst Schäden zuzufügen. So ist das Kampffeld wieder geöffnet, die Volksfürsorge ist und bleibt die einzige Gesellschaft, die die Versicherung des Volkes nicht des Profites wegen betreibt.

#### Schutz vor Streikbrechern u. f. w.

Das heuchlerische Geschrei nach „Schutz der Arbeitswilligen“ wird zurzeit bekanntlich lauter erhoben als je. Wir haben dies derlei Gerede schon oft genug auf seinen wahren Wert zurückgeführt. Ebenfalls ist in unserer salbener Nummer eine trotz ihrer Unvollständigkeit sehr reichhaltige und stinkende Blütenlese von Unschreienungen, die Verbrechern der verschiedensten Art zu finden, deren sich das Gebilde nicht gemacht hat, das von notorischen Streikbrecheragenten um schönes Geld zusammengeschleppt wird, um ehrlichen Arbeitern eine freibändige Vertretung ihrer Interessen unmöglich zu machen. Das alles genügt aber den Scharmachern und den Scharmacherngenossen noch nicht. Zu diesen hat sich, wie wir schon in der vorigen Nummer berichteten, auch der Senat zu beteiligen. Er verlangte unter anderem Folgendes:

„Daß für eine gleichmäßige und energische Anwendung der bestehenden polizeilichen und strafrechtlichen Vorschriften zur Sicherung der Ruhe, Bequemlichkeit und Sicherheit des Verkehrs gesorgt wird, und daß insbesondere zu diesem Zwecke durch das Reich dafür Sorge getragen wird, daß seltens ständlicher Bundes-

staatlicher, Landespolizeilicher oder provinzialer Behörden tunktlich gleichmäßige Verordnungen erlassen werden, durch welche die polizeilichen Exekutivbeamten nicht nur über das Recht, sondern auch über die Pflicht zuum Einschreiten bei Streikzügen an Hand der bestehenden Gesetze belehrt werden.“ (Die Herren vom „Inhaltsrat“ des Hansabundes sollten zunächst besserer Deutsch lernen.)

Wie die Polizei „einzuschreiten“ versteht, davon wissen die organisierten Arbeiter in allen Gegenden Deutschlands ein Lied zu singen. Man braucht wirklich nicht den Polizeibeamten irgendwas noch besondere Schmeichelei einzutrichtern, wenn es gegen streikende Arbeiter geht. Was auf diesem Gebiete nicht nur von „gewöhnlichen“ Schulheuten, sondern auch von Machtmännern und Polizeiauktanten geleistet wird, zeigt folgende kleine Blütenlese von „Zärtlichkeiten“, die vor zwei Jahren bei Gelegenheit der Polizeibelastungen in Wea bit gefallen sind:

- 1. Dummer Dausenunge, du Streich, mach', daß du weiterkommst!
- 2. Was, du willst dich als Frau einreihen? Mit dem Säbel kannst du was kriegen!
- 3. Haut doch die offe Sau!
- 4. Schweinebande, Säubande, Räuberbande!
- 5. Hauen Sie den Kerl in die Presse, daß sie stirbt!
- 6. Haut den Hund!
- 7. Hais, ihr Hunde!
- 8. Verflucht der Hund, mach', daß du wegkommst!
- 9. Hure, mach', daß du überkommst, sonst kriegt du was mit dem Säbel!
- 10. Stehst du, du alte Sau!
- 11. Verflucht das Du Schreie, geht noch nicht weg!
- 12. Du alte Sau, wenn du nicht schneller läufst, werde ich dir Pfeffer und Salz in den ... einstreuen!
- 13. Willst du laufen, du Lump, du Streich? Hast du noch keine Mähne gekleidet?
- 14. Die Stampe müßen wir noch räumen!
- 15. Du Kerl! Willst du vor! Willst du vor!
- 16. Ihr verfluchten Hunde, wollt ihr raus?
- 17. Seid ihr Hunde noch nicht drin?
- 18. Will er wohl laufen, er aller Popelstriege?
- 19. Schwarze Sau, mach' das Fenster zu!
- 20. Solchem Was müßt man ins Gesicht spucken!

Bekanntlich stelen diese Aeußerungen zum Teil gegen Leute, die mit dem damaligen Transportarbeiterstreik nicht das geringste zu tun hatten, sondern aus irgend einem andern triftigen Grunde die von der Polizei unsicher gemachten Straßen passieren mußten. Auch wurde bei dieser Gelegenheit der alte Arbeiter Herrmann durch einen Polizeisäbel so zugerichtet, daß er daran starb. Den folgenden Himmel in Schutzmännernform, der diese Selbstat vollbracht hat, hat man nicht gefunden. Wir wollen annehmen, daß man ernsthaft nach ihm gesucht hat. Aber die Frage müßen wir doch an die Scharmacher und ihre Spiegelgläser richten, ob dies alles vielleicht noch nicht schneidig genug gewesen ist. Was soll dann noch alles gemacht werden?

Uebrigens mögen die Herren sich hüten. Eine der nächsten Folgen ihrer Heberei wird ohne Zweifel die sein, daß einmal eine Fliege von Terrorismus fällen und sonstigen Schandtaten zusammengefaßt wird, deren sich Unternehmer, Streikbrecher, Schulheute, Gelbe etc. in den letzten Jahren schuldig gemacht haben. Und wahrlich, lang genug wird dieses Register werden.

#### Neues vom „Christen“-Engel.

Die Mülhauer Volkszeitung Nr. 268 vom 18. November 1913 enthält folgende Notiz:

Eine direkte Anfrage an die Oberländische Landeszeitung. Von verschiedenen bisherigen Mitgliebern der Eljas-Lothringischen Vereinigung für Volksfürsorge in Mülhausen, an deren Spitze bisher als Vorsitzender der berühmte „Christen“-Engel stand, wurden uns Mahnrufe von der Vereins-Versicherungskommission für Deutschland, U. G. in Düsseldorf, vorgelegt, in denen zur Zahlung der seit dem 1. April 1913 fälligen Prämien aufgefordert wird. Diese Prämien, behaupten die fraglichen Mitglieder glaubwürdig, seien aber bereits gezahlt worden! Wir fragen nun die „Landeszeitung“: Ist es wahr, daß Herr Engel von Mülhausen plötzlich verschwunden ist unter Zurücklassung seiner Kinder? Wo befindet sich das Geld, das die Mitglieder der Eljas-Lothringischen Vereinigung für Volksfürsorge an dem Vorstand als Prämie bezahlt haben?

Wohlgemerkt ist die „Landeszeitung“ so freundlich und beantwortet unsere Fragen, da sie ja dem „Christen“-Engel näher stand als wir und über das Geld, das gegenmärtig die Stadt durchschickert, daher wohl auch näher unterrichtet ist. Tut sie es nicht, so werden wir uns trotzdem vorbehalten, näher auf die delikate Geschichte zurückzukommen.“

#### Die katholischen Frauen gegen die Zentrumschriften.

Zu ihrem Schreden müßen die christlichen Gewerkschaften nun gewahren, daß man ihnen auf einem Umwege über die Frauen ans Leder will. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands bringt in seiner Nr. 23 vom 10. November 1913 (Seite 364) einen Artikel über die christlichen Gewerkschaften und die konfessionelle Organisation der Frauen. Da lesen wir, daß sich neuerdings unter der katholischen Frauenwelt Bestrebungen geltend machen, die vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus zu den größten Bedenken Anlaß geben. Nicht durch Schuld der Arbeitervereine, sondern durch Schuld einer Organisation, die in ihrem ganzen Aufbau und in ihrer ganzen bisherigen Tätigkeit für die Arbeiterfrauen nicht berechnet sei, aber nunmehr doch unter ihnen Boden zu gewinnen suche. Das sei der katholische Frauenbund. Wie dieser Bund gegenwärtig arbeite, freuzten sich die Wege. Der katholische Frauenbund wolle, wie sich aus seinen Antinabildungen ergebe, so ungefähre das für die katholische Frauenwelt sein, was für die Männerwelt der Volksverein für das katholische Deutschland sei. Sehr bedenklich sei, daß der Frauenbund in seinem ganzen Gebaren und in seinen Veröffentlichungen zur Berliner Seite direkt hinneige: „So findet sich in der Nr. 10 seiner Zeitschrift Der katholische Frauenbund ein Bericht über die Verammlung des Verbandes der genannten Berliner Organisation, der in Frankfurt und Ton auf eine Belobigung der Bestrebungen dieser Organisation hinausgeht. „Der Delegiertenkongress“ so heißt es, „nahm einen außerordentlich glänzenden Verlauf. ... Rejerate sowohl wie Dispositionen brachten in klarer Form die grundsätzliche Stellung des Verbandes zum Ausdruck.“

Wie können die katholischen Frauen in ihrem Bund aber auch solche ein Kapitalverbrechen begehen! Einen „befriedigenden Verlauf“ nehmen „grundsätzlich“ allemal die zentrumschristlichen Veranlassungen, während die der „Berliner“ mit denen der bösen freien Gewerkschaften in einen Kopf geworfen werden.

„Das fehlte gerade noch“, so ruft das christliche Zentralblatt betörert, „daß die katholische Frauenwelt, die bisher von dem scharfen Gegenstände zwischen „Christlichen“ und „Berlinern“ verschont blieb, auch noch in diesen Streit hineingezogen würde. Auch schon die eine Möglichkeit des sonderbaren Zustand, daß schließlich die Frauen christlich organisierter Männer sich durch die Bekümpfer der Zeitschrift Frauenbund eine gewisse Religion für die Berliner anlesen, ist gerade nicht erträulich.“

Eine hohe Meinung von der Ueberzeugungstreue der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften vertritt dieser „Christen“-Engel. Er ist nicht ohne Grund, daß nun die „Berliner“ durch die katholischen Frauen belehrt werden sollen. Gott machen sich die Zentrumschriften oft genug hinter katholische Frauen von freien Gewerkschaften; um sie zu kampfbarer und um auf diesem Wege auch die Männer nach Köln-M. Glöckner zu führen. Nun haben doch die „Berliner“ etwas von den „Christen“ gelernt!

# Vom Ausland.

## Frankreich.

wd. Seit dem Jahre 1905 subventioniert der französische Staat die Arbeitslosenklaffen der französischen Gewerkschaften. Zuerst war dafür ein Kredit von 110 000 Franken angelegt. Die zu geringe Finanzkraft des Staates brachte es jedoch mit sich, daß in den letzten zwei Jahren das Unterstützungsbudget auf 80 000 Franken herabgesetzt wurde. Und auch diese Summe wird bei weitem nicht aufgebracht. Der Mangel an gewerkschaftlichen Arbeitslosenklaffen erklärt diese eigenartige Tatsache, daß ein Staat, der wirklich Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen bereitstellt, die erforderliche Summe von 80 000 Fr. jährlich nicht einmal aufzubringen kann.

Die staatliche Unterstützung der französischen Arbeitslosenklaffen ist auf dem Zwecke geschaffen worden, die Selbsthilfe der Arbeiter anzuregen. Es werden deshalb auch nicht die Arbeitslosen direkt unterstützt, sondern ihre Klaffen erhalten, wenn es sich um zentrale Klaffen handelt, 80 Prozent der ausbleibenden Unterstützungen wieder zurückzuerhalten. Klaffen der Arbeitslosenklaffen nur einen lokalen Charakter, so beträgt die Zurückzahlung 20 Prozent. Die Zahl der unterstützten Klaffen beträgt für 1912 114 mit 49 595 Mitgliedern. Darunter befinden sich 5 zentrale Arbeitslosenklaffen mit zusammen 18 541 Mitgliedern.

Die zentralen Arbeitslosenklaffen, von denen drei in der graphischen Industrie und zwei in der Metallindustrie bestehen, sind auch nach dem Bericht für 1912 wiederum die leistungsfähigsten gewesen. Sie haben für 2496 Arbeitslose mit 86 295 Arbeitslostenagen 86 604 Fr. Unterstützung ausbezahlt und dafür eine Subvention von 25 592 Fr. erhalten, gegen 21 950 Fr. Subvention der letzten Klaffen.

Die folgende Tabelle gibt eine Uebersicht über die Anzahl der subventionierten Klaffen in den letzten acht Jahren.

Jahr	Anzahl der Klaffen	Anzahl der Arbeitslosen	Zahl der unterstützten Klaffen	Rückzahlung in Franken	Staatliche Subvention in Franken
1905	47	6645	90700	185467	27690
1906	64	10322	107667	196295	42495
1907	68	7041	82011	156281	32240
1908	89	8211	119210	194300	47824
1909	94	7843	94610	188260	42019
1910	106	8493	104040	177800	42869
1911	114	8609	118873	206747	50726
1912	114	8429	102795	198578	47542

Wie aus dieser Tabelle ersichtlich, ist die Zahl der Klaffen ständig gewachsen. Langsam steig auch die Zahl der Mitglieder derselben. Seit dem Generalstreikjahr 1906 und dem Streikjahr 1908 absehn — die staatliche Subvention. Diese Entwicklung wird weitergehen. Der große Widerstand syndikalistischer Kreise gegen die Einführung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenklaffen nimmt ab. Wir erinnern hierbei an die Annahme der Resolution für die Arbeitslosenklaffen auf dem letzten Verbandstage der französischen Metallarbeiter, und als Konsequenz dieses Beschlusses an die Annahme der obligatorischen Arbeitslosenklaffen in den Statutenentwurf für die Vereinigung der Pariser Metallarbeiter.

Die Pariser Arbeitslosenklaffen sind bekanntlich ein ständiges Gebilde, das den Gewerkschaften für Bureau- und Versammlungsarbeiten gratis überlassen wird. In verschiedenen Jahren hat nun in den letzten Jahren der Gewerkschaften in sehr brutaler Weise sein Recht als Hausherr angewandt und die Versammlungsarbeiten einfach verweigert, wenn ein Tagesordnungspunkt nicht seinen Belieben fand. Diese Absichtspolitiken bestimmdie die Pariser Gewerkschaften endlich, ein eigenes Heim zu errichten. Da gegenwärtig erst ein paar hunderttausend Franken zur Verfügung stehen, das gesamte Gewerkschaftshaus über einige Millionen kosten wird, so hat die Pariser Gewerkschaftsleitung beschlossen, das Terrain der Maison des Federations anzukaufen und daraus einen großen Versammlungsraum mit einigen Bureauroäumen als Provisorium zu errichten. Dieser erste Schritt zur Errichtung eines eigenen Heims wird von allen Gewerkschaften mit Freuden begrüßt.

Der französische Metallarbeiter-Verband kennzeichnet auf dem letzten internationalen Metallarbeiterkongreß die schamlose Ausbeutung der ausländischen Arbeiter in den Betrieben der französischen Großbetriebe. Durch die Vermittlung des internationalen Metallarbeiterkongresses wurde dann in allen Metallarbeitervereinigungen der dem Internationalen Bund angehörenden Organisationen eine Note veröffentlicht, die auf den Ausnahmestand der ausländischen Arbeiter in Frankreich hinweist. Diese Note hat das Schicksal der französischen Großbetriebe hervorgerufen. In L'Usine vom 6. November zieht der Sekretär der Eisenindustrie der Arbeiter unter dem Titel: „Eine Schande für den französischen Metallarbeiter-Verband“ dagegen zu Felde. Er behauptet, es sei unklar, daß die ausländischen Arbeiter 12 bis 15 Stunden arbeiten müssen und daß man ihnen nicht die entsprechenden Löhne zahle. Und weiter behauptet er auch, daß die unterfranzösischen Kontrolle der den französischen Betrieben keine Günstigkeit hätten.

Darüber antwortet Kollege Herrmann für den französischen Metallarbeiter-Verband folgendes: „In den Eisenbetrieben der Nord- und Lotharingensprovinzen können die Arbeiter seit um 6 Uhr morgens schon um 2, 3 oder 4 Uhr aufstehen, um die nötigen Niederbauten zu schließen. Sie werden dazu natürlich „nicht“ gezwungen, aber wer um 10 Stunden schafft, erhält die höchsten Löhne, auf denen er höchstens 3 bis 4 Fr. den Tag verdient. In den Eisen- und Stahlbetrieben von Douai, Aubois, Zoufflancourt, Pont-a-Mousson macht die Mehrzahl der Arbeiter 195 Stunden in 14 Tagen, und manche kommen sogar auf 200, 205 und 215 Stunden. Die von den ausländischen Arbeitern unterzeichneten Kontakte auf einem Lohn von 6 bis 7 Fr. den Tag haben vor den französischen Gewerkschaften keine Gültigkeit, da sie von dem Direktor der Eisen- und Stahlbetrieben und nicht von dem Direktor der betreffenden Gesellschaft unterzeichnet sind. Die so engagierten Arbeiter erhalten bei ihrer Einstellung einen Lohn von 4 bis 5 Fr., und keiner von den armen Arbeitern, die so um ihren Lohn kämpfen werden, hat jemals für einen französischen Arbeiter einen Lohn erhalten. Die letzte Art und Weise bei den Arbeitern, auf die der Verleiher geschickten Anwand hat, ist in den Minen- und Großbetrieben teilweise besteht, denn die Mehrzahl befindet sich dort bei ausschließlich unter der direkten Abhängigkeit der Großbetriebe.“

Die Kampagne des französischen Metallarbeiter-Verbandes gegen die Großbetriebe ist also — der stärksten Art der französischen Arbeiter — tritt diese, nach Aussage der französischen Arbeiter und haben auch anderen Arbeiter, in sehr empfindlicher Weise. Und es ist zu verstehen, daß sie mit sehr geeigneten Schritten der Verwirklichung der genannten Note in den 53 Tagen der internationalen organisierten Metallarbeiterkongresse gegenüberstellen.

## Literarisches.

Das Bestehen der angeführten oder besprochenen Werke wurde nur für nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.

Das Buch „Die Zeit“ ist ferner das 8. Heft des 82. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervorzuheben: Die Geschichte des Reformations. Von Otto Bauer (Wien). — Der gegenwärtige Stand der deutschen Arbeiter. Von Dr. E. Käthe. — Sozialdemokratische Klagen und weltliche Dichtung. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte. Von Dr. B. Kappeler. (Königsberg.) — Soziale Arbeit und die Verantwortung der Gewerkschaften. Von Otto Bauer. — Arbeitslosenversicherung und Arbeiterbewegung. Von Paul Hüpper. — Die deutsche Arbeiterbewegung der Arbeiterbewegung. Von Emil Kappeler. — Die deutsche Arbeiterbewegung der Arbeiterbewegung. Von Emil Kappeler. — Die deutsche Arbeiterbewegung der Arbeiterbewegung. Von Emil Kappeler.

Mithilfe, Die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften im Deutschen Reich. Von ed. Dr. Franz Meiring, Von List nach Lauritzen. Derselbe. Von Ralisch nach Ralisch. Hans Bloch, Sachsen im Zeitalter der Vorkriegszeit. A. Conrady, Vorkriegszeiten und Klassenkämpfe. Von Hermann Wenzel. Jean Pinot, Das Hohe Lied der Frau. Von Oda Olberg. — Notizen: Die Industrialisierung der Landwirtschaft. Von G. E. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann sie bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 26 S. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Ankündigungen für soziale Politik und Gesetzgebung. Von dieser von Dr. Heinrich Braun herausgegebenen, im Verlag von Julius Springer in Berlin (W. 9, Linienstraße 23/24) erscheinenden Zeitschrift, die in den letzten zwei Jahren ihres Bestehens sich in den Kreisen der Theoretiker und Praktiker die Anerkennung erworben hat, daß sie ein unentbehrliches Organ für jeden ist, der sich über die Vorgänge auf dem Gebiet der Sozialpolitik wissenschaftlich orientieren will, ist ferner das erste und zweite Heft des dritten Bandes erschienen. Von den zahlreichen wertvollen Beiträgen seien die folgenden genannt. Professor Stephan Bauer, der Direktor des internationalen Arbeitsamtes in Basel, bespricht in einem, angesichts der gegenwärtig tagenden internationalen Arbeiterkongresse aktuellen Aufsatz den Fortschritt und Tragweite der internationalen Arbeiterschutzbewegung. In einer sehr instruktiven Abhandlung erörtert Professor Walter Schiff von der Wiener Universität Methode und Technik der Haushaltsbuchführung. Die sehr interessante und sozialpolitisch höchst bedeutsame Frage der Organisationsarbeit der Privatangehörigen behandelt ein Fachmann von besonderer Kompetenz, der Direktor des deutschen Lehrerverbandes, E. H. Schuber. Der Herausgeber Dr. Heinrich Braun schließt August Hebel als Sozialpolitiker. Weiterhin wären noch wertvolle Aufsätze über die Neuregelung des Erbrechts in Deutschland von dem Berliner Privatdozenten Dr. Günther, und eine gründliche Erörterung des dreijährigen Wohnungslehren von dem Direktor des Schweizerischen Arbeiterbureaus, Dr. H. Kugler, hervorzuheben. Die genannten Arbeiten, wie der sonstige Inhalt des Heftes bieten eine reiche Fülle von Belehrung und bieten von neuem, daß diese Zeitschrift die hervorragenden Fachmänner zu ihren Mitarbeitern hat und auch diesmal wie in allen bisher erschienenen Heften einen ungewöhnlich wertvollen Inhalt bietet.

Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 2 des 19. Jahrgangs enthält: Bericht vom Verbandstage Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Leipzig. I. Verhandlungstag: I. Geschäftsbericht und Rechnungslegung, Ori der nächsten Tagung; II. Wahlen; III. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; IV. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; V. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; VI. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beflagsnahme des Arbeitslohns; 2. Verhandlungstag: VII. Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland; 3. Verhandlungstag: VIII. Die zivilprozessuale Bedeutung der Arbeitsurteile der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte; IX. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; X. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; Schluß: — Anlagen: 1. Leitfaden zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Reiseführer: Das Buch „Das neue Abenteuer“ (Frankfurt a. M.) über „Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland“; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Reiseführer: Das Buch „Das neue Abenteuer“ (Frankfurt a. M.) über „Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland“; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Reiseführer: Das Buch „Das neue Abenteuer“ (Frankfurt a. M.) über „Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland“; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Reiseführer: Das Buch „Das neue Abenteuer“ (Frankfurt a. M.) über „Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland“; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Reiseführer: Das Buch „Das neue Abenteuer“ (Frankfurt a. M.) über „Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland“; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Reiseführer: Das Buch „Das neue Abenteuer“ (Frankfurt a. M.) über „Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland“; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

# Verbands-Anzeigen.

Städtische Anzeigen.

(In allen Verbands-Anzeigen werden Mitgliedschaften aufgeführt.)

Die 23. Dezember: Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 2 des 19. Jahrgangs enthält: Bericht vom Verbandstage Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Leipzig. I. Verhandlungstag: I. Geschäftsbericht und Rechnungslegung, Ori der nächsten Tagung; II. Wahlen; III. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; IV. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; V. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; VI. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beflagsnahme des Arbeitslohns; 2. Verhandlungstag: VII. Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland; 3. Verhandlungstag: VIII. Die zivilprozessuale Bedeutung der Arbeitsurteile der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte; IX. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; X. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; Schluß: — Anlagen: 1. Leitfaden zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Mittwoch, 2. Dezember: Die 23. Dezember: Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 2 des 19. Jahrgangs enthält: Bericht vom Verbandstage Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Leipzig. I. Verhandlungstag: I. Geschäftsbericht und Rechnungslegung, Ori der nächsten Tagung; II. Wahlen; III. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; IV. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; V. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; VI. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beflagsnahme des Arbeitslohns; 2. Verhandlungstag: VII. Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland; 3. Verhandlungstag: VIII. Die zivilprozessuale Bedeutung der Arbeitsurteile der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte; IX. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; X. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; Schluß: — Anlagen: 1. Leitfaden zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Donnerstag, 3. Dezember: Die 23. Dezember: Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 2 des 19. Jahrgangs enthält: Bericht vom Verbandstage Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Leipzig. I. Verhandlungstag: I. Geschäftsbericht und Rechnungslegung, Ori der nächsten Tagung; II. Wahlen; III. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; IV. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; V. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; VI. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beflagsnahme des Arbeitslohns; 2. Verhandlungstag: VII. Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland; 3. Verhandlungstag: VIII. Die zivilprozessuale Bedeutung der Arbeitsurteile der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte; IX. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; X. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; Schluß: — Anlagen: 1. Leitfaden zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Freitag, 4. Dezember: Die 23. Dezember: Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 2 des 19. Jahrgangs enthält: Bericht vom Verbandstage Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Leipzig. I. Verhandlungstag: I. Geschäftsbericht und Rechnungslegung, Ori der nächsten Tagung; II. Wahlen; III. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; IV. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; V. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; VI. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beflagsnahme des Arbeitslohns; 2. Verhandlungstag: VII. Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland; 3. Verhandlungstag: VIII. Die zivilprozessuale Bedeutung der Arbeitsurteile der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte; IX. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; X. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; Schluß: — Anlagen: 1. Leitfaden zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Sonntag, 6. Dezember: Die 23. Dezember: Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 2 des 19. Jahrgangs enthält: Bericht vom Verbandstage Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Leipzig. I. Verhandlungstag: I. Geschäftsbericht und Rechnungslegung, Ori der nächsten Tagung; II. Wahlen; III. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; IV. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; V. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; VI. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beflagsnahme des Arbeitslohns; 2. Verhandlungstag: VII. Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland; 3. Verhandlungstag: VIII. Die zivilprozessuale Bedeutung der Arbeitsurteile der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte; IX. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; X. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; Schluß: — Anlagen: 1. Leitfaden zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Montag, 7. Dezember: Die 23. Dezember: Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 2 des 19. Jahrgangs enthält: Bericht vom Verbandstage Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Leipzig. I. Verhandlungstag: I. Geschäftsbericht und Rechnungslegung, Ori der nächsten Tagung; II. Wahlen; III. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; IV. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; V. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; VI. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beflagsnahme des Arbeitslohns; 2. Verhandlungstag: VII. Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland; 3. Verhandlungstag: VIII. Die zivilprozessuale Bedeutung der Arbeitsurteile der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte; IX. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; X. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; Schluß: — Anlagen: 1. Leitfaden zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Dienstag, 8. Dezember: Die 23. Dezember: Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 2 des 19. Jahrgangs enthält: Bericht vom Verbandstage Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Leipzig. I. Verhandlungstag: I. Geschäftsbericht und Rechnungslegung, Ori der nächsten Tagung; II. Wahlen; III. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; IV. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; V. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; VI. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beflagsnahme des Arbeitslohns; 2. Verhandlungstag: VII. Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland; 3. Verhandlungstag: VIII. Die zivilprozessuale Bedeutung der Arbeitsurteile der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte; IX. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; X. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; Schluß: — Anlagen: 1. Leitfaden zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Mittwoch, 9. Dezember: Die 23. Dezember: Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 2 des 19. Jahrgangs enthält: Bericht vom Verbandstage Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Leipzig. I. Verhandlungstag: I. Geschäftsbericht und Rechnungslegung, Ori der nächsten Tagung; II. Wahlen; III. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; IV. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; V. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; VI. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beflagsnahme des Arbeitslohns; 2. Verhandlungstag: VII. Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland; 3. Verhandlungstag: VIII. Die zivilprozessuale Bedeutung der Arbeitsurteile der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte; IX. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; X. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; Schluß: — Anlagen: 1. Leitfaden zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Donnerstag, 10. Dezember: Die 23. Dezember: Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 2 des 19. Jahrgangs enthält: Bericht vom Verbandstage Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Leipzig. I. Verhandlungstag: I. Geschäftsbericht und Rechnungslegung, Ori der nächsten Tagung; II. Wahlen; III. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; IV. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; V. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; VI. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beflagsnahme des Arbeitslohns; 2. Verhandlungstag: VII. Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland; 3. Verhandlungstag: VIII. Die zivilprozessuale Bedeutung der Arbeitsurteile der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte; IX. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; X. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; Schluß: — Anlagen: 1. Leitfaden zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Freitag, 11. Dezember: Die 23. Dezember: Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 2 des 19. Jahrgangs enthält: Bericht vom Verbandstage Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Leipzig. I. Verhandlungstag: I. Geschäftsbericht und Rechnungslegung, Ori der nächsten Tagung; II. Wahlen; III. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; IV. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; V. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; VI. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beflagsnahme des Arbeitslohns; 2. Verhandlungstag: VII. Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland; 3. Verhandlungstag: VIII. Die zivilprozessuale Bedeutung der Arbeitsurteile der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte; IX. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; X. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; Schluß: — Anlagen: 1. Leitfaden zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Sonntag, 13. Dezember: Die 23. Dezember: Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 2 des 19. Jahrgangs enthält: Bericht vom Verbandstage Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Leipzig. I. Verhandlungstag: I. Geschäftsbericht und Rechnungslegung, Ori der nächsten Tagung; II. Wahlen; III. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; IV. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; V. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; VI. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beflagsnahme des Arbeitslohns; 2. Verhandlungstag: VII. Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland; 3. Verhandlungstag: VIII. Die zivilprozessuale Bedeutung der Arbeitsurteile der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte; IX. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; X. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; Schluß: — Anlagen: 1. Leitfaden zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Montag, 14. Dezember: Die 23. Dezember: Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 2 des 19. Jahrgangs enthält: Bericht vom Verbandstage Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Leipzig. I. Verhandlungstag: I. Geschäftsbericht und Rechnungslegung, Ori der nächsten Tagung; II. Wahlen; III. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; IV. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; V. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; VI. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beflagsnahme des Arbeitslohns; 2. Verhandlungstag: VII. Grundgedanken und Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland; 3. Verhandlungstag: VIII. Die zivilprozessuale Bedeutung der Arbeitsurteile der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte; IX. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; X. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; Schluß: — Anlagen: 1. Leitfaden zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht; 2. Prüfungsfragen; 3. Anhangsverzeichnis.

Arbeitsnachweise.

(In den nachfolgend angeführten Werken ist für die genannten Verbands-Anzeigen verboten.)

Berlin. (Formen- und Kernmacher.) Verbandsbureau. Auguststraße 12-13 Uhr. Berlin (Feilenhauer). Albert Manns, W. Liebmaderstr. 44. 1. Duerger. 3. Bielefeld. (Formen- und Kernmacher.) Verbandsbureau. Marktstr. 8. Bielefeld. (Feilenhauer.) Verbandsbureau. Marktstr. 8. Bielefeld. (Feilenhauer.) Verbandsbureau. Marktstr. 8. Bielefeld. (Feilenhauer.) Verbandsbureau. Marktstr. 8. Bielefeld. (Feilenhauer.) Verbandsbureau. Marktstr. 8. Bielefeld. (Feilenhauer.) Verbandsbureau. Marktstr. 8.

Sonntag, 7. Dezember: Baden-Baden. (Formen- und Kernmacher.) Verbandsbureau. Marktstr. 8. Baden-Baden. (Formen- und Kernmacher.) Verbandsbureau. Marktstr. 8. Baden-Baden. (Formen- und Kernmacher.) Verbandsbureau. Marktstr. 8. Baden-Baden. (Formen- und Kernmacher.) Verbandsbureau. Marktstr. 8. Baden-Baden. (Formen- und Kernmacher.) Verbandsbureau. Marktstr. 8. Baden-Baden. (Formen- und Kernmacher.) Verbandsbureau. Marktstr. 8. Baden-Baden. (Formen- und Kernmacher.) Verbandsbureau. Marktstr. 8.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Berlin. Für die Erhebung der Arbeiten der Jugendabteilung unterer Verwaltungsstelle soll ein Kollege angestellt werden. Voraussetzung für Bewerber ist eine fünfjährige Mitgliedschaft und ausreichende Fähigkeiten, um den Posten entsprechend ausfüllen zu können. Bewerbungen sind mit dem Anschrift „Bewerbung“ versehen, sind spätestens bis zum 17. Dechr. einzureichen bei der Ortsverwaltung Berlin, Linienstr. 88/86. Samsung. Zum Vollmündigen wurde der Kollege G. Kempf, 3. Bremerhaven, gewählt. Den Abt. L. Kempf, 3. Bremerhaven, wurde. Der Vollm. mächtige Joseph Eiwitz wohnt Schlichtstraße 4. Stendal. U. Ung. Alle Zuschriften sind an den Kol. Karl Storbach, Zangerstraße, Urmstr. 19, zu richten. Wolfenbüttel. (Formen- u. Kernmacher.) Um schauen verboten.

Privat-Anzeigen.

(Beschriften betr. die Arbeitergesunde sind niemals an die Redaktion, sondern nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

Mehrere tüchtige Mechaniker sowie Brillenarbeiter und Einsteifer zu baldigem Eintritt gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften an 2287] Carl Zeiss, Jena.

Einen tüchtigen, erfahrenen Gärtner für Werkzeuge und Maschinenfabrikation für dauernde Stellung gesucht. Zeugnisabschriften und Lohnansprüche sind unter S. N. 2290 an den Verlag d. Bl. zu richten. 12290

Suche einen tüchtigen, zuverlässigen Brillenarbeiter. Nur solche, die langjährige Zeugnisse aufweisen können, finden Stellung bei August De Parade, Leipziger-Gaswerk, Burgenstr. 33. 12291

Bedeutende westdeutsche Waagenfabrik sucht in dauernde Stellung bei hohem Lohn zum baldigen Eintritt tüchtige, selbständige Schlosser für Sanftgewichts-Waagen, und mehrere selbständige Monteur für Waagen- und Fuhrwerkswaagen. Gef. Offerten unter S. N. 2292 an den Verlag d. Bl. erbeten. 12292

Durch alle Verwaltungen sowie durch unterzeichneten Verlag ist zu beziehen der in Mitgliederkreisen allgemein beliebte Metallarbeiter-Notizkalender für das Jahr 1914

Derselbe enthält außer seinem reichhaltigen Text noch Blätter für Tages- und sonstige Notizen, und ist zum erstenmal mit einem guten schreibfähigen Bleistift ausgestattet. Bei dem billigen Preise des Kalenders sollte kein Verbandsmitglied versäumen, sich dieses wichtige und unentbehrliche Nachschlagewerk anzuschaffen. Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungen 50 Pf. Durch den Buchhandel bezogen 95 Pf. pro Stück, inklusive Porto. Versand bis zu 10 Exempl. nur gegen Vorauszahlung des Betrags und unter Berechnung des Portos. Zahlreiche Bestellungen sehen entgegen. 12293

Stuttgart, Rötterstraße 16 B.

Druck und Verlag von Alexander Schlichte & Co., Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung, Rötterstraße 16 B.